

110

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Dezember 2019

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2021

## Allmähliche Konjunkturbelebung

Sperrfrist: Donnerstag, 19. Dezember 2019, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna



110

Wirtschaftsprognose  
Economic Forecast

Dezember 2019

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2021

## Allmähliche Konjunkturbelebung

Benjamin Bittschi

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Martin G. Kocher

Robert M. Kunst

Michael Reiter

Richard Sellner

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES  
Vienna

---

**AutorInnen**

Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Richard Sellner, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2021  
Allmähliche Konjunkturbelebung  
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 110

**Kontakt**

Martin G. Kocher

T +43 1 59991-125

E [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at)

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com)

**2019 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung .....	7
2	Die internationale Konjunktur .....	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	18
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	30
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	31
5	Monetäre Prognose .....	42
6	Tabellenanhang.....	45



## Allmähliche Konjunkturbelebung

Die Schwäche der Weltwirtschaft belastet die heimische Konjunktur. Nach 2,4 % im Vorjahr dürfte die Wirtschaftsleistung in Österreich im ablaufenden Jahr um 1,6 % zugelegt haben. Für die Jahre 2020 und 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 1,3 % bzw. 1,6 %. Während die Exporte nur wenig Dynamik entfalten dürften, sollte der Konsum die Konjunktur weiter stützen. Die Inflation dürfte in den kommenden beiden Jahren mit Werten von 1,5 % bzw. 1,7 % moderat bleiben. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich nicht weiter verbessern, vielmehr könnte die Arbeitslosenquote geringfügig auf 7,5 % steigen. Neben einer notwendigen Steuerstrukturreform und steuerlichen Entlastung besteht wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf in den Bereichen Bildung, Forschung, Digitalisierung, Demografie sowie Klimaschutz.

### 1 Einleitung und Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft expandiert wenig dynamisch. Im dritten Quartal des ablaufenden Jahres hat sich das Expansionstempo in den Industrieländern aber nicht weiter verlangsamt. Die Stimmungsindikatoren deuten vermehrt auf eine Stabilisierung der Konjunktur hin, allerdings auf niedrigem Niveau. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung hat auch die österreichische Wirtschaft merklich an Schwung verloren. Im zweiten und dritten Quartal betrug das Wachstum gegenüber dem Vorquartal laut Trend-Konjunktur-Komponente nur noch jeweils 0,2 %. Dieses mäßige Wachstumstempo dürfte sich im Schlussquartal des laufenden Jahres fortgesetzt haben. Aufgrund der robusten Expansion in der ersten Jahreshälfte hat die österreichische Wirtschaft im Gesamtjahr 2019 voraussichtlich noch um 1,6 % zugelegt. Im Laufe des kommenden Jahres dürfte sich die Konjunkturdynamik wieder etwas beschleunigen. Aufgrund des schwächeren BIP-Niveaus zu Jahresbeginn (geringerer statistischer Überhang) erwartet das Institut für das Jahr 2020 unverändert ein Wachstum von 1,3 %. Im Jahr 2021 sollte das Wachstum wieder 1,6 % betragen.

Im bisherigen Jahresverlauf war die globale Konjunktur sehr verhalten. Die Spannungen in der internationalen Handelspolitik und die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit belasten die Industrieproduktion. Die gute Arbeitsmarktentwicklung stützt hingegen den Dienstleistungsbereich. Nach der Wachstumsverlangsamung im zweiten Quartal hat sich die Konjunkturdynamik in den entwickelten Volkswirtschaften auch im weiteren Jahresverlauf nicht beschleunigt. So betrug das Wachstum im zweiten und dritten Quartal in den USA jeweils 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Im Euroraum legte die Wirtschaftsleistung jeweils um 0,2 % zu. Insbesondere exportorientierte Volkswirtschaften wie Deutschland leiden unter dem rückläufigen Welthandel. Auch in den

Schwellenländern blieb der Produktionsanstieg verhalten. In China setzt sich die graduelle Abkühlung des Wirtschaftswachstums fort. Ein rascher Aufschwung der Weltwirtschaft ist nicht zu erwarten. Bei den Stimmungsindikatoren hat sich die negative Tendenz fortgesetzt, allerdings finden sich in den letzten Monaten zunehmend Hinweise auf eine Stabilisierung. Die Fiskal- und insbesondere Geldpolitik werden wohl dazu beitragen, dass die Weltwirtschaft nicht weiter an Schwung verliert. Mit dem erwartenden Nachlassen der Unsicherheit sollte die Weltwirtschaft allmählich wieder etwas rascher expandieren. Die Einschätzung des internationalen Konjunkturbilds hat sich gegenüber der Oktober-Prognose nicht verändert. Die US-Wirtschaft dürfte in den kommenden beiden Jahren um 1,8 % bzw. 1,5 % zulegen, nach 2,3 % im ablaufenden Jahr. Im Euroraum sollte die Konjunktur mit Wachstumsraten von 1,2 % bzw. 1,4 % wieder etwas an Fahrt gewinnen, nach 1,1 % im ablaufenden Jahr. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo im historischen Vergleich moderat bleiben. So wird das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich 5,8 % bzw. 5,7 % betragen. Die Weltwirtschaft dürfte um 3,0 % bzw. 3,1 % expandieren.

Im ablaufenden Jahr stützen die kräftigen Realeinkommenszuwächse den privaten Konsum in Österreich; somit sollte dieses Nachfrageaggregat um 1,5 % zulegen. Die weiterhin zunehmende Beschäftigung und die steigenden Reallöhne treiben auch in den nächsten beiden Jahren die Realeinkommen, sodass jeweils ein Konsumwachstum von 1,4 % erwartet wird. Die Sparquote sollte im gesamten Prognosezeitraum 7,5 % betragen.

Der ungewöhnlich lange Investitionszyklus ist aufgrund der schwachen globalen Wirtschaftsdynamik im Verlauf des heurigen Jahres ausgelaufen. Gegen einen völligen Einbruch der Investitionstätigkeit sprechen aber die hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungskonditionen. Aufgrund der starken Dynamik zu Jahresbeginn ergibt sich im ablaufenden Jahr noch eine kräftige Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um 3,4 %. Im kommenden Jahr sollte sich das Wachstum markant auf 0,3 % abschwächen. Die Konjunkturuntrübung dürfte auch dazu führen, dass sich das Wachstumstempo der Bauinvestitionen von 2,3 % auf 1,2 % verringert. Im Jahr 2021 werden die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten um voraussichtlich 2,0 % bzw. 1,5 % expandieren. Nach 2,9 % im ablaufenden Jahr sollte damit das Wachstum der Anlageinvestitionen im nächsten Jahr auf 0,7 % fallen und 2021 1,8 % betragen.

Die Handelskonflikte und die Schwäche der globalen Industrieproduktion belasten den Welthandel. Dieser dürfte im ablaufenden Jahr um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sein. Falls es zu keiner weiteren Eskalation der Handelskonflikte kommt, sollte der Welthandel im Zuge der leichten Belebung der Industriekonjunktur wieder etwas an Fahrt gewinnen. Mit 1,2 % bzw. 2,5 % wird die Ausweitung der globalen Handelstätigkeit voraussichtlich aber verhalten bleiben. Die schwache Weltkonjunktur



drückt auf die heimischen Exportmärkte und bremst somit die Exporttätigkeit. Nach dem kräftigen Wachstum der Warenexporte in den Jahren 2017 und 2018 dürfte die Zunahme im ablaufenden Jahr 2,3 % betragen. In den kommenden beiden Jahren ist mit Zuwächsen von 1,8 % bzw. 2,8 % zu rechnen. Für die Gesamtexporte laut VGR ergeben sich Wachstumsraten von 1,6 % bzw. 2,6 %, nach 2,8 % im ablaufenden Jahr. Aufgrund der Vorleistungsverflechtungen und der schwächeren Investitionsnachfrage dürften auch die Gesamtimporte mit 1,4 % bzw. 2,4 % schwächer als im ablaufenden Jahr zulegen. Somit sollte die Außenwirtschaft im Prognosezeitraum annähernd neutral auf das Wachstum wirken.

Ausgehend von rund 1 ¾ % zu Jahresbeginn verlangsamte sich der Preisauftrieb im Jahresverlauf und sank bis Oktober auf 1,1 %. Der merkliche Rückgang in den letzten Monaten ist primär auf die geringere Teuerung bei der Energie zurückzuführen. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation liegt gegenwärtig bei gut 1 ½ %. Mit dem Auslaufen des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte sich die Inflation zu Jahresende wieder etwas beschleunigt haben. Somit wird für den Jahresdurchschnitt 2019 weiterhin eine Inflationsrate von 1,5 % prognostiziert. Von der verhaltenen Konjunktur, den nur leicht anziehenden Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten dürften kaum preistreibende Impulse ausgehen, sodass für das kommende Jahr ebenfalls eine Verbraucherpreissteigerung von 1,5 % erwartet wird. Mit der Konjunkturverbesserung im Jahr 2021 könnte die Inflationsrate etwas auf 1,7 % anziehen.

Im ablaufenden Jahr ist die Arbeitslosigkeit weiter zurückgegangen. Die Eintrübung der Konjunktur wirkt erst verzögert auf den Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr dürfte sich daher die Beschäftigungsdynamik merklich verlangsamen und die Arbeitslosenquote auf 7,5 % steigen. Dieser Wert wird auch für das Jahr 2021 erwartet.

Die öffentlichen Haushalte dürften aufgrund der niedrigen Zinsen im gesamten Prognosezeitraum positiv bilanzieren. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 bis 2021 Budgetüberschüsse von 0,5 %, 0,2 % bzw. 0,4 % des Bruttoinlandsprodukts. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Werte für 2020 und 2021 aufgrund des noch nicht vorliegenden Budgets mit beträchtlicher Unsicherheit behaftet sind. Das Institut geht aber davon aus, dass die europäischen Fiskalregeln vollumfänglich erfüllt werden. Ein neues Regierungsprogramm in Österreich sollte Reformen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus vorsehen und wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitische Antworten auf die großen Zukunftsthemen Digitalisierung, Klimaschutz und demografischer Wandel bieten. Durch Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik und durch die Rückführung von nicht zukunftsorientierten Förderungen könnte zusätzlicher Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung, Technologie und Infrastruktur

geschaffen sowie der finanzielle Puffer für die automatischen Stabilisatoren ausgeweitet werden. Priorität sollte einer Steuerreform zukommen, die auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt und Anreize zur Bekämpfung des Klimawandels setzt.

Die Abwärtsrisiken für die globale Konjunktur sind weiterhin beträchtlich. Eine Eskalation bzw. regionale Ausweitung der Handelskonflikte würde die Weltkonjunktur bremsen. Angesichts der Präsidentschaftswahlen in den USA entsteht in diesem Zusammenhang eine noch größere Unsicherheit. Je länger die Schwäche der Industriekonjunktur anhält, umso größer wird die Wahrscheinlichkeit eines Übergreifens auf den noch robusten Dienstleistungssektor. Die vom Brexit und dessen endgültiger Ausgestaltung nach der Übergangphase ausgehende Unsicherheit könnte die Konjunktur im Euroraum stärker beeinträchtigen. Weiters besteht das Risiko, dass die schwache Weltkonjunktur die Wirtschaftsdynamik in den osteuropäischen Ländern stärker in Mitleidenschaft zieht als erwartet. In Hinblick auf die heimische Konjunktur besteht ebenfalls die Gefahr, dass die Schwäche der Industrie stärker auf den Dienstleistungssektor ausstrahlt. Eine Verschlechterung des Konsumklimas würde die Binnennachfrage schwächen und damit das Wachstum reduzieren. Es besteht aber auch die Chance auf eine bessere Entwicklung als hier prognostiziert. So würde eine Verbesserung der globalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (etwa Lösung der Handelskonflikte, rasche Einigung bei den Eckpfeilern eines endgültigen Status der Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich) die Unsicherheit reduzieren und auch die heimische Wirtschaft stützen.

**Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt, real	1,6	1,3	1,6
Privater Konsum, real	1,5	1,4	1,4
Bruttoinvestitionen, real	3,1	0,7	1,8
Bruttoanlageninvestitionen, real	2,9	0,7	1,8
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,4	0,3	2,0
Bauinvestitionen, real	2,3	1,2	1,5
Inlandsnachfrage, real	1,7	1,1	1,4
Exporte i. w. S., real	2,8	1,6	2,6
Waren, real (laut VGR)	2,3	1,8	2,8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,3	0,8	1,3
Importe i. w. S., real	3,1	1,4	2,4
Waren, real (laut VGR)	2,3	1,3	2,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	5,0	1,5	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,6	0,8	0,9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>1</sup>	7,3	7,5	7,5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>1</sup>	4,6	4,8	4,8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,7	2,2	2,3
Preisindex des BIP	1,7	1,6	1,7
Verbraucherpreisindex	1,5	1,5	1,7
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>1</sup>	0,5	0,2	0,4
3-Monats-Euribor <sup>1</sup>	-0,4	-0,4	-0,3
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen <sup>1</sup>	0,0	0,2	0,3

<sup>1</sup>absolute Werte

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real

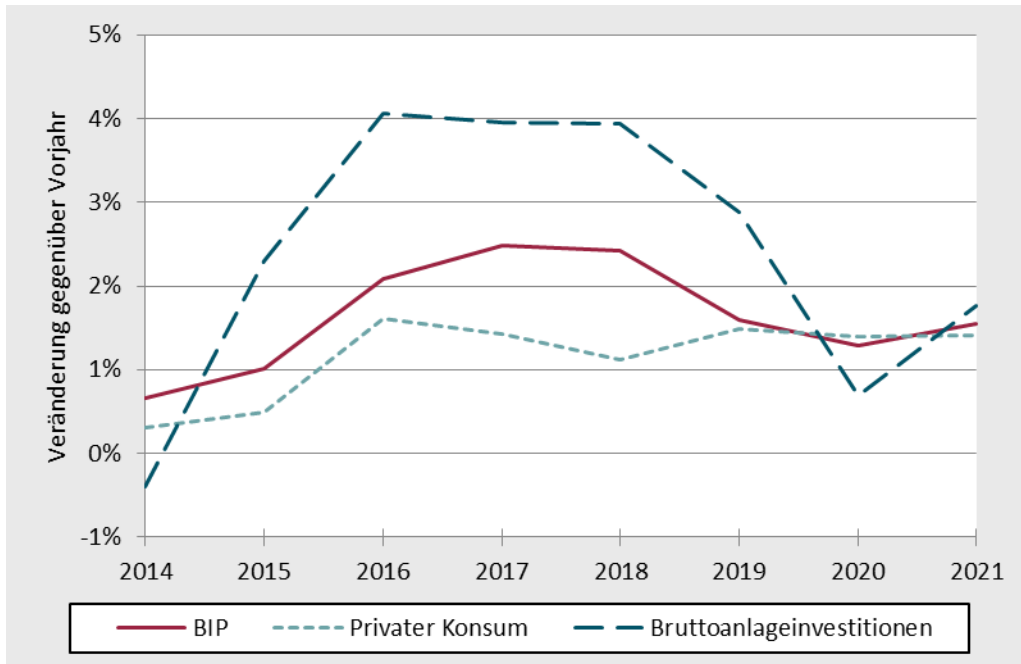
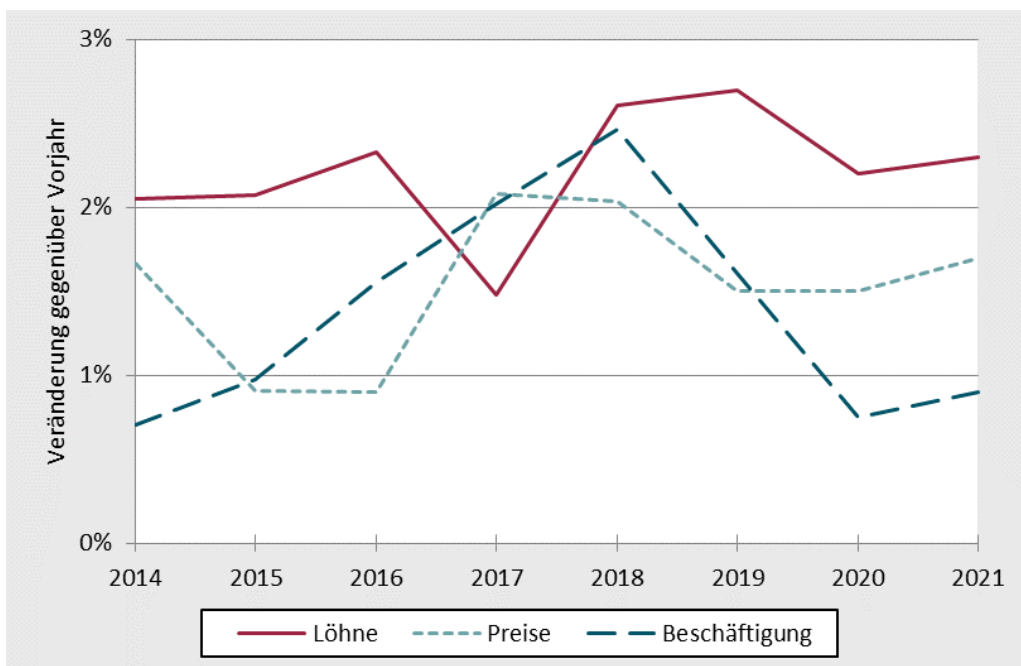
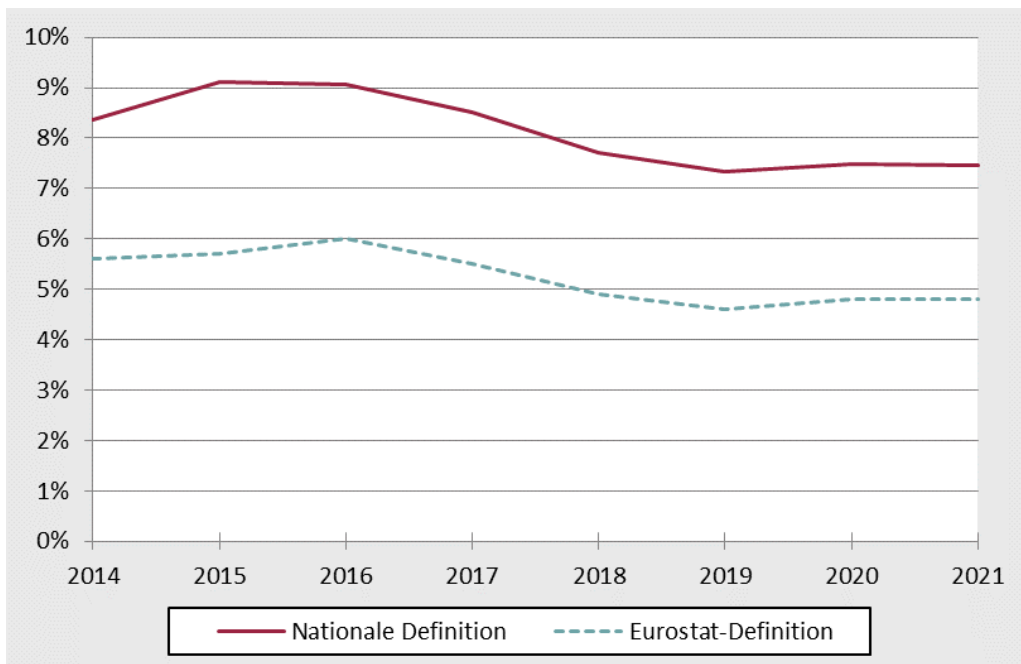


Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



**Abbildung 3: Arbeitslosenquote**



**Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)**

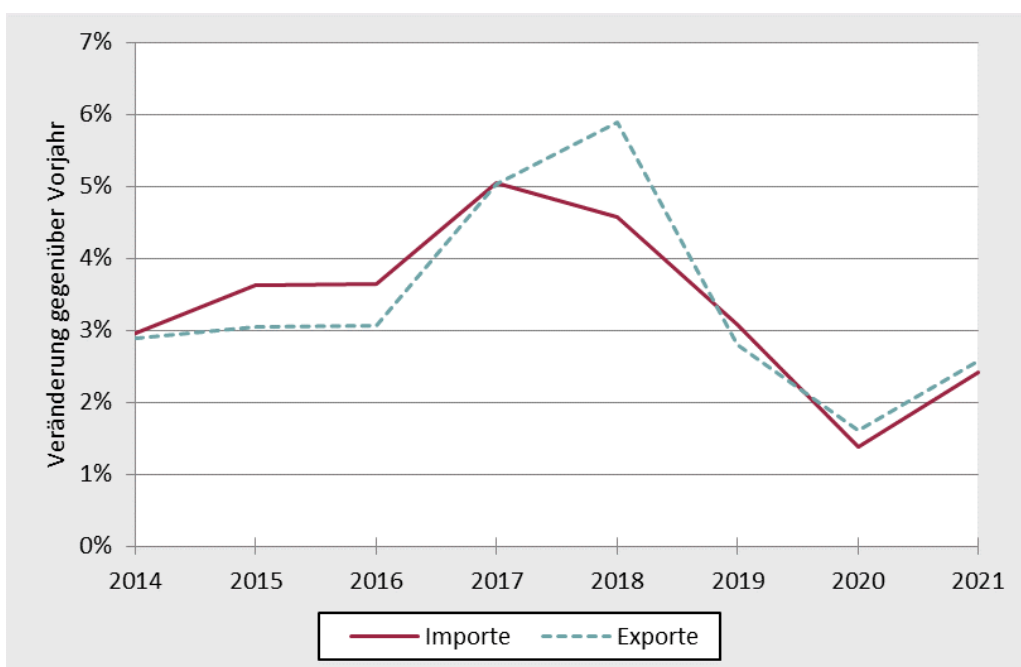
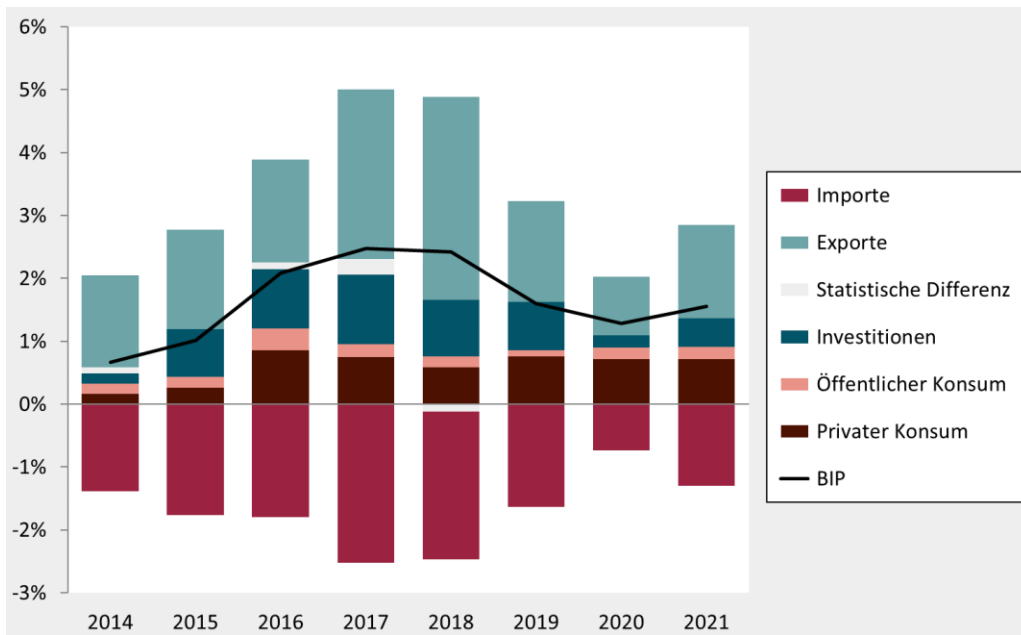


Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



## 2 Die internationale Konjunktur

### 2.1 Überblick

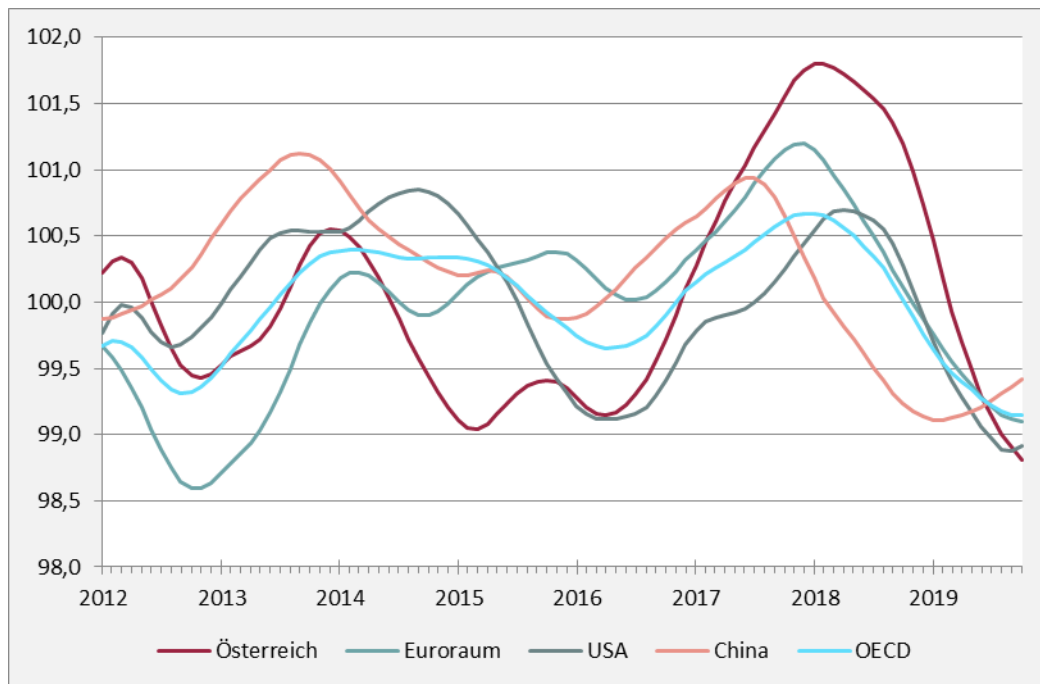
Das Konjunkturbild zur **Weltwirtschaft** ist durch hohe Unsicherheit und eine trübe Stimmung geprägt. Der Handelskonflikt zwischen den USA und China dämpft die Entwicklung des Welthandels, der Industrieproduktion und der Investitionen. Im dritten Quartal stagnierte das Wachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, während es in den Schwellenländern wieder etwas anzog. Die Stimmungsindikatoren deuten auf eine weiterhin schwache Entwicklung in der Industrie hin, jedoch bestehen auch Zeichen für eine bevorstehende Erholung.

Die weltweite Industrieproduktion schrumpfte im dritten Quartal des laufenden Jahres um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften sank die Industrieproduktion gegenüber dem Vorquartal um 0,3 %, getrieben von einem Rückgang im Euroraum und Japan. Die Industrieproduktion der Schwellenländer stagnierte im dritten Quartal, wobei die chinesische Industrieproduktion nur mehr um 0,5 % zulegen konnte.

Im ablaufenden Jahr blieb der weltweite Handel sehr schwach. Bezogen auf das Vorquartal ging der internationale Handel im ersten Quartal um 0,3 % und im zweiten Quartal um 0,8 % zurück. Im dritten Quartal setzte eine leichte Erholung mit einem Wachstum um 0,5 % ein, welches durch Zuwächse bei den Schwellenländern getragen wurde. Die Exporte der fortgeschrittenen Volkswirtschaften stagnierten, wobei sie in den USA und in Japan um 0,6 % bzw. 1,8 % wuchsen, jedoch im Euroraum und in den sonstigen fortgeschrittenen Ländern um 0,2 % bzw. 0,6 % schrumpften.

Der globale *Markit Purchasing Managers Index* in der Industrie erholte sich im dritten Quartal und lag zuletzt knapp über der neutralen 50-Punkte-Marke. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften stagnierte der Index im dritten Quartal, zog dann im November stark an, verblieb jedoch unterhalb der neutralen Marke. Nach einer Erholung im zweiten Quartal 2019 fiel der *ifo Index* für das Weltwirtschaftsklima im dritten und vierten Quartal deutlich. Der *OECD Composite Leading Indicator* für die Länder der OECD deutet aktuell auf ein Ende der Abschwungphase hin.

Abbildung 6: OECD-Frühindikator



Quelle: OECD, Refinitiv Datastream

Nach einem Wachstum von 3,4 % im Vorjahr rechnet das Institut für das laufende Jahr mit einem Rückgang des Welthandels um 0,6 % und einem Wachstum um 1,2 % im Jahr 2020 bzw. 2,5 % im Jahr 2021. Gestützt durch die relativ stabile Entwicklung der Dienstleistungen dürfte die Weltwirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich jeweils um 3,0 % und im Jahr 2021 um 3,1 % wachsen. Die Zunahme der Wirtschaftsleistung der EU-27 dürfte im ablaufenden und im kommenden Jahr jeweils 1,4 % und im Jahr 2021 1,6 % betragen. Für die Länder der OECD werden Wachstumsraten von 1,8 % im Jahr 2019, 1,7 % im Jahr 2020 und 1,6 % im Jahr 2021 erwartet.

Der Preis für Rohöl der Sorte Brent lag im Jänner dieses Jahrs durchschnittlich bei etwa 60 US-Dollar pro Barrel, stieg im April auf 71,5 US-Dollar und fiel bis November auf 62,7 US-Dollar. Anfang Dezember beschlossen die Länder der OPEC eine weitere Reduktion ihrer Förderungen von 500.000 Fass pro Tag. Zusammen mit den im Dezember des Vorjahres beschlossenen Drosselungen ergibt sich insgesamt eine Reduktion von 1,7 Mio. Fass pro Tag. Die geringe Nachfrage durch die gedämpfte Weltkonjunktur, neue Kapazitäten in Norwegen, Brasilien und Guyana sowie die gestiegene Fördermenge an Schieferöl aus den USA dürften einen sinkenden Ölpreis im Prognosezeitraum bewirken. Für das Jahr 2019 geht das Institut von einem Ölpreis von 64,6 US-Dollar, für 2020 von 62 US-Dollar und für 2021 von 59 US-Dollar aus.



Der US-Dollar wertete gegenüber dem Euro im Jahresverlauf von 1,14 USD/EUR im Jänner auf 1,10 USD/EUR im November auf. Für das laufende Jahr geht das Institut von einem USD/EUR-Wechselkurs von 1,12, für 2020 und 2021 von jeweils 1,11 aus.

Es bestehen weiterhin erhebliche Risiken für die Weltkonjunktur. Weitere Zuspitzungen im Handelskonflikt zwischen den USA und China bzw. eine regionale Ausweitung auf Europa würden die Entwicklung im Welthandel weiter dämpfen. Schreitet die wirtschaftliche Abkühlung Chinas schneller als erwartet voran, wäre mit einem geringeren Wachstum der Weltwirtschaft und des Welthandels zu rechnen. Eine weitere Zunahme an restriktiven Regulierungen von ausländischen Direktinvestitionen aufgrund von nationalen Sicherheitsbedenken, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten waren, könnte negative Impulse auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten entfalten. Eine Zunahme der geopolitischen Konflikte im Nahen Osten würde wohl einen Aufwärtsdruck auf den Ölpreis ausüben. Die Konjunktur der EU-27 ist aufgrund des bevorstehenden Brexits und der Gefahr eines Überspringens der gedrückten globalen Konjunktur auf die wachstumsstarken osteuropäischen Länder mit Unsicherheiten behaftet. Bisher konnte das stabile Wachstum in den Dienstleistungen der schwachen Entwicklung der Industrieproduktion entgegenwirken. Es besteht jedoch weiterhin die Gefahr, dass sich die Schwäche in der Industrieproduktion verzögert auf den Dienstleistungsbereich auswirkt. Die Mischung aus geringem Wachstum, hoher Unternehmensverschuldung und sinkender Kreditbonität schafft zunehmend Rahmenbedingungen für eine stärkere Anpassung auf den Finanzmärkten. Ein Risiko für das Konjunkturbild des Jahres 2021 stellt eine schwächere wirtschaftliche Entwicklung in den USA dar.

**Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent**

	2019	2020	2021
BIP-Wachstum	1,1	1,2	1,4
Arbeitslosenquote	7,6	7,5	7,3
Inflation HVPI	1,2	1,3	1,5

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Nach einem Wachstum von 0,4 % im ersten Quartal 2019 gegenüber dem Vorquartal schwächte sich die wirtschaftliche Entwicklung im **Euroraum** mit jeweils 0,2 % im zweiten und dritten Quartal deutlich ab. Während die Inlandsnachfrage weiter expandierte, trug der Außenhandel negativ zum Wachstum bei. Das geringe Wachstum ist auf die schwache wirtschaftliche Entwicklung der zwei großen Volkswirtschaften Deutschland und Italien zurückzuführen. Die Wirtschaft dieser Länder wuchs im dritten Quartal nur um jeweils 0,1 %. In Spanien und Frankreich betrug das Wachstum 0,4 % und 0,3 %.

Die konjunkturelle Stimmung im Euroraum trübte sich im dritten Quartal weiter ein. Jedoch deuten die Stimmungsindikatoren für die ersten beiden Monate des vierten Quartals daraufhin hin, dass die Talsohle erreicht sein könnte. So gaben der *Economic Sentiment Indicator* der Europäischen Kommission sowie der *Markit Purchasing Manager Index* im dritten Quartal zwar weiter nach, die entsprechenden Werte für Oktober und November deuten aber auf eine Stabilisierung hin. Eine ähnliche Entwicklung weist die Stimmung im Dienstleistungsbereich auf. Der *Markit Purchasing Manager Index* der Industrie stieg in den ersten beiden Monaten des vierten Quartals 2019 an, befindet sich jedoch weiterhin unterhalb der neutralen 50-Punkte-Marke. Der seit Ende des Jahres 2017 rückläufige *OECD Composite Leading Indicator* gab zuletzt nur noch geringfügig nach, was auf einen konjunkturellen Tiefpunkt und eine bevorstehende Erholung hindeuten könnte.

Das Verbrauchervertrauen laut *DG ECFIN* stagniert seit Beginn des laufenden Jahres. Die Kapazitätsauslastung, Auftragseingänge und Produktion der Industrie sanken im dritten Quartal des laufenden Jahres. Jedoch weist die Entwicklung der Industrieproduktion in den Monaten August und September auf einen leichten Anstieg hin. Die Arbeitslosenquote ist seit dem vierten Quartal des Jahres 2013 gefallen. Im dritten Quartal 2019 stagnierte sie jedoch auf dem Vorquartalswert von 7,6 %.

Im laufenden Jahr wird ein Wachstum der Wirtschaftsleistung des Euroraums von 1,1 % erwartet. Für die Jahre 2020 und 2021 erwartet das Institut ein Wachstum von 1,2 % bzw. 1,4 %. Die Arbeitslosenquote dürfte im laufenden Jahr 7,6 % betragen und in den Jahren 2020 und 2021 auf 7,5 % bzw. 7,3 % fallen. Nach einer Inflationsrate von 1,2 % im laufenden Jahr geht das Institut von 1,3 % im kommenden Jahr und von 1,5 % im Jahr 2021 aus.

## 2.2 Länderprognosen

Im zweiten und dritten Quartal expandierte die Wirtschaft der **USA** jeweils um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum war durch rückläufige Investitionen und einen starken privaten Konsum geprägt. Nach einem relativ schwachen ersten und zweiten Quartal zog der Beschäftigungszuwachs mit etwa 190.000 Personen im dritten Quartal wieder an. Die Arbeitslosenquote betrug im dritten Quartal 3,6 %. Die Inflation lag im dritten Quartal bei 1,8 % und stieg im November auf rund 2,1 % an. Ende Oktober senkte die US-Notenbank erneut den Leitzins um 25 Basispunkte auf eine Spanne von 1,5 % bis 1,75 %. Im Dezember beließ sie den Leitzins unverändert. Die Renditen von US-Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit liegen seit Beginn des vierten Quartals wieder oberhalb jener mit 3-monatiger Restlaufzeit. Damit hat sich die Zinskurve der USA, nach einer Inversion im zweiten und dritten Quartal, wieder normalisiert.

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China beruhigte sich zuletzt. Am 13. Dezember wurde die erste von zwei avisierten Teileinigungen erzielt. Der Text enthält unter anderem Kapitel über geistiges Eigentum, erzwungenen Technologietransfer, Wechselkurse und landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die USA verzichteten auf die für den 15. Dezember geplanten Zölle im Ausmaß von 15 % auf Konsumprodukte wie Laptops, Mobiltelefone sowie Sport- und Spielwaren im Wert von etwa 150 Milliarden US-Dollar. Zudem besteht die Absicht, bereits bestehende Zölle auf chinesische Produkte zu senken. Im Gegenzug verpflichtete sich China, die geplanten Vergeltungszölle auszusetzen und höhere Mengen an US-amerikanischen landwirtschaftlichen Produkten abzunehmen.

Die Industrieproduktion sank im August um 0,3 %, im September um 0,8 % und im Oktober um 1,3 % verglichen mit dem Vorjahresmonat. Die Vorlaufindikatoren deuten auf eine Stagnation bzw. allenfalls leichte Erholung hin (*Markit Purchasing Managers Indices*, Indikatoren des *Institute for Supply Chain Management*). Das Vertrauen der KonsumentInnen (*Conference Board, University of Michigan*) stagniert auf hohem Niveau. Aufgrund der auslaufenden fiskalischen Stimuli, der geringen Spielräume für monetäre Impulse, der angespannten Arbeitsmarktlage und der eingetrübten Außenhandels- und Investitionsaussichten dürfte sich das Wachstum in den USA in den kommenden zwei Jahren abschwächen. Im laufenden Jahr dürfte das Wirtschaftswachstum der USA 2,3 % betragen. Das Institut rechnet für nächstes Jahr mit einem Wachstum von 1,8 % und im Jahr 2021 von 1,5 %.

In **Japan** erhöhte sich das BIP im dritten Quartal um 1,7 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage trug die Expansion. Der private Konsum wurde von steigenden Realeinkommen sowie von Vorziehkäufen angesichts der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 10 % im Oktober gestützt. Die dynamische Investitionstätigkeit dürfte sowohl die Zunahme der Infrastrukturinvestitionen als auch die Bemühungen der Unternehmen widerspiegeln, die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu kompensieren. Bei einer Arbeitslosenquote von 2,4 % im Oktober fehlen der japanischen Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte. Die Verlangsamung der Auslandsnachfrage dämpfte die Industrieproduktion und die Exporte. Insbesondere die japanischen Exporte nach China und nach Südkorea sanken infolge der zunehmenden internationalen Handelsspannungen. Mit 0,2 % lag der Preisauftrieb im Oktober deutlich unter dem Zielwert der japanischen Notenbank von 2 %. Aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und zur Erreichung des Preisstabilitätszieles bleibt die Geldpolitik expansiv ausgerichtet.

Die moderate Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Stabile Beschäftigung, Lohnerhöhungen und höhere Sozialtransfers werden den privaten Konsum stützen und die kurzfristigen Auswirkungen der

Mehrwertsteuererhöhung teilweise abfedern. Konjunkturstützend dürften auch das Anfang Dezember von der Regierung beschlossene Konjunkturpaket von rund 110 Milliarden Euro – 1,9 % der Wirtschaftsleistung – sowie die Fertigstellung der Infrastrukturinvestitionen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen 2020 in Tokio wirken. Die schwächere Wirtschaftsdynamik der Haupthandelspartner, vor allem in China, und die politischen Spannungen zwischen Japan und Südkorea trüben dagegen Japans Exportaussichten. Insgesamt dürfte die Wirtschaft im Jahr 2019 um 1,0 % und in den kommenden Jahren um 0,6 % bzw. 0,8 % zulegen.

In **China** verlangsamte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal auf 6,0 % im Jahresabstand, nach 6,2 % im Vorquartal und 6,4 % im ersten Quartal. Dabei wurde eine stärkere Wachstumsverlangsamung durch die Maßnahmen der Regierung zur Ankurbelung der Wirtschaft abgefedert. Der Konsum, gestützt durch steigende Real-einkommen, und die öffentlichen Investitionen waren wichtige Wachstumstreiber, allerdings hat ihre Dynamik im Laufe des Jahres ständig nachgelassen. Infolge sinkender Importe bei stagnierenden Exporten trugen die Nettoexporte weiter wesentlich zum BIP-Wachstum bei. Der CAIXIN Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleistungen signalisiert eine Belebung der Wirtschaftsdynamik im November nach einer Abschwächung im Oktober. Aufgrund der hohen Preise für Schweinefleisch infolge der Afrikanischen Schweinepest beschleunigte sich die Inflationsrate im Oktober auf 3,8 %.

Für den Prognosezeitraum ist infolge des Handelskonflikts mit den USA und der schwachen globalen Nachfrage mit einer verhaltenen Exportdynamik zu rechnen. Auch die Verlangsamung der Binnenkonjunktur dürfte sich verstärken. Die inländischen Wirtschaftsungleichgewichte und die erforderlichen Maßnahmen zum Schuldenabbau trüben die Aussichten für die chinesische Wirtschaft. Die weiterhin expansive Geldpolitik dürfte die Wirtschaft stützen. Um das BIP-Wachstum anzukurbeln, setzt die Regierung auf eine expansive Fiskalpolitik mit einer zentralen Rolle für die öffentlichen Investitionen. Durch spezielle Anleihen für die lokalen Gebietskörperschaften sollen die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen erleichtert und eine bessere Koordination zwischen der Fiskal- und der Geldpolitik erreicht werden. Zusätzliche Maßnahmen dürften den Konsum ankurbeln. Im ablaufenden Jahr beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 6,2 %. Für die Jahre 2020 und 2021 wird mit einem BIP-Wachstum von 5,8 % bzw. 5,7 %, gerechnet.

In **Deutschland** ist das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal leicht gestiegen, nachdem es im zweiten Quartal gesunken war. Zu der Stabilisierung haben die Ausfuhren, der Konsum und die Bauinvestitionen beigetragen. Die Exporte haben von der leichten Erholung des Welthandels profitiert. Die Konjunktur blieb aber gespalten. Die Industrie war weiterhin in der Rezession, während in der Bauwirtschaft

und in den Dienstleistungsbranchen die Wertschöpfung stieg. Bisher hat die Schwäche der Industrie nicht über einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf konsumnahe Dienstleistungen übergegriffen. Dazu dürfte beigetragen haben, dass durch eine verstärkte Nutzung der Kurzarbeit ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden wurde.

Im Prognosezeitraum wird sich die Konjunktur voraussichtlich nur sehr allmählich beleben. In der Automobilindustrie werden die Anpassungen der Produktion in Richtung Elektromobilität noch einige Zeit dauern. Der Maschinenbau leidet unter der Schwäche der globalen Nachfrage nach Investitionsgütern. Der Welthandel und die weltweite Investitionstätigkeit werden durch die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit, insbesondere hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Handelskonflikte, beeinträchtigt. Deshalb werden sich auch die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland schwach entwickeln. Hingegen sind von den öffentlichen und den privaten Bauinvestitionen Impulse zu erwarten. Die stärksten Wachstumsbeiträge werden weiterhin vom Konsum ausgehen, der von einer expansiven Fiskalpolitik unterstützt wird. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden durch Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen sowie höhere staatliche Transfers gestärkt. Zudem wird der Staatskonsum deutlich ausgeweitet. Auch der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter positiv und stützt den privaten Konsum. Laut dem Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung steigt die Beschäftigung weiter, wenngleich aufgrund der Industrieschwäche nicht mehr so kräftig wie noch vor einem Jahr. Laut demselben Indikator ist in den kommenden Monaten auch kein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Arbeitslosenquote (nationale Definition) belief sich im November auf 4,8 % und im bisherigen Jahresdurchschnitt auf 5,0 %, nach 5,2 % im Jahr 2018. Die Inflation hat sich in den vergangenen Monaten kontinuierlich abgeschwächt. Im November lag sie bei nur noch 1,1 % und im bisherigen Jahresdurchschnitt bei 1,4 %. Maßgeblich für den Rückgang war die Entwicklung der Energiepreise, während die Kernrate bei etwa 1,5 % liegt.

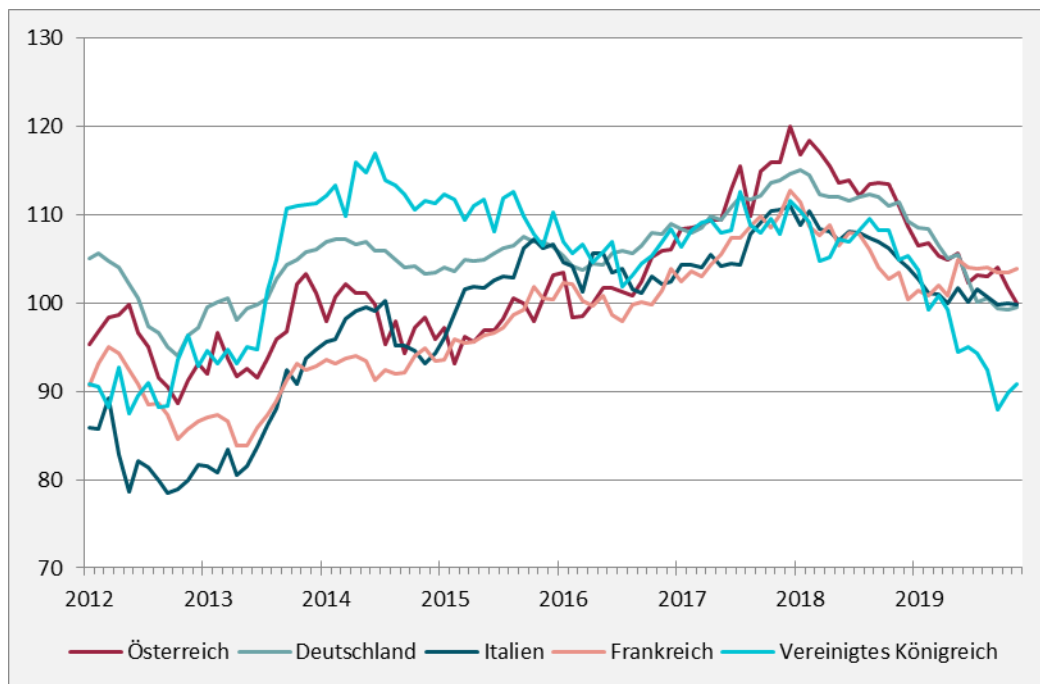
Die Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2020 und 2021 um 1,0 % bzw. 1,5 % ausgeweitet werden, nach 0,5 % im ablaufenden Jahr. Im kommenden Jahr gehen alleine 0,4 Prozentpunkte des Anstiegs auf die größere Anzahl an Arbeitstagen zurück.

In **Italien** hat das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal des laufenden Jahres um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 0,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal zugelegt. Die Veränderung zum Vorquartal wurde insbesondere durch den privaten Konsum getragen, wohingegen die stärkere Entwicklung gegenüber dem Vorjahresquartal insbesondere auf einer Zunahme der Exporte und der Investitionen beruhte. Im dritten Quartal 2019 stieg der Arbeitseinsatz in Arbeitsstunden im Vergleich zum Vorquartal um 0,4 % geringfügig an. Die Beschäftigung blieb somit im Vergleich zum Vorquartal, bei

leicht sinkender Arbeitslosigkeit, nahezu unverändert. Diese Arbeitsmarktdynamik spiegelt die Quasistagnation der Wirtschaftstätigkeit wider. Nach vorläufigen Schätzungen war der italienische Verbraucherpreisindex NIC im November auf Monatsbasis stabil und stieg gegenüber November 2018 um 0,4 %. Die Kerninflation betrug 1,0 %.

Die geopolitischen Unsicherheiten und Handelsspannungen der Weltwirtschaft belasten die italienische Volkswirtschaft sowie die Auslandsnachfrage nach italienischen Produkten. Dies reflektieren die Stimmungsindikatoren der italienischen Wirtschaft. Mit Ausnahme des Einzelhandelsindikators befinden sich die meisten Indikatoren zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in einer Seitwärtsbewegung bei generell unterdurchschnittlichen Werten. Auch in Italien überwiegen, wie in den meisten europäischen Staaten, potenzielle Abwärtsrisiken die Aufwärtsrisiken. Insgesamt erwartet das Institut für das Jahr 2019 ein Wachstum des BIP um 0,2 %, für das Jahr 2020 eine leichte Erholung des BIP-Wachstums auf 0,5 % und einen weiteren Anstieg auf 0,6 % für das Jahr 2021.

**Abbildung 7: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)**



Quelle: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

In **Frankreich** hat das Bruttoinlandsprodukt in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres um 0,3 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zugelegt. Getragen wurde dieses Wachstum durch die Inlandsnachfrage. Die Arbeitslosenquote sank von 9,1 % im Vorjahr auf 8,5 % im April und stagnierte bis Oktober auf diesem Niveau. Die Inflationsrate

entwickelte sich insbesondere durch den Ende 2018 stark gefallenem Ölpreis rückläufig und betrug im November 1,2 %. Die Renditen für 10-jährige Staatsanleihen stiegen von ihrem niedrigsten Wert von -0,3 % im August auf zuletzt -0,06 % im November des laufenden Jahres an.

Die Stimmungsindikatoren der letzten Monate deuten auf eine stabile Entwicklung hin. Der *Markit Purchasing Managers Index* erholte sich zu Beginn des vierten Quartals und lag im November oberhalb der neutralen 50-Punkte-Marke. Der *Economic Sentiment Indicator (DG ECFIN)* zog in den ersten beiden Quartalen an und stagnierte danach. Das Verbrauchervertrauen (*DG ECFIN*) steigt seit Beginn des Jahres ungebremst. Der *Composite Leading Indicator* der OECD weist auf eine verhaltene Expansion hin.

Die Unsicherheiten bezüglich der US-Handelspolitik und der Brexit dürften sich weiter in einer gedämpften Entwicklung der Exporte niederschlagen. Die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs dürfte daher auch in den kommenden zwei Jahren durch die heimische Nachfrage getragen werden. Am 5. Dezember begann in Frankreich ein Generalstreik gegen die geplante Pensionsreform, der bis Redaktionsschluss bereits eine Woche andauerte und unter anderem das öffentliche Verkehrssystem stark beeinträchtigte. Sollte der Streik länger andauern, könnte sich das in einem geringeren Wachstum im letzten Quartal des laufenden und einem höheren Wachstum im ersten Quartal des kommenden Jahres niederschlagen. Gegenwärtig wird für die Jahre 2019 bis 2021 mit einem Wachstum von jeweils 1,3 % gerechnet.

Die Konjunktur im **Vereinigten Königreich** wird weiterhin durch die Unsicherheiten rund um den Brexit belastet. Mit dem deutlichen Sieg der Regierungspartei von Premierminister Boris Johnson bei den Unterhauswahlen im Dezember gilt es nun als wahrscheinlich, dass das Vereinigte Königreich am 31. Jänner 2020 aus der EU austritt. Allerdings sind die künftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich noch auszuhandeln. Vorgesehen ist eine Übergangsfrist bis Ende 2020, die um bis zu zwei Jahre verlängert werden kann. Die verbleibenden Unsicherheiten werden wohl weiterhin dämpfend auf die Investitionen von Unternehmen wirken. Im dritten Quartal ist die Wirtschaft um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Der Konsum zeigte weiterhin ein solides Wachstum, auch aufgrund der guten Beschäftigungslage, und die Exporte sind zuletzt ebenfalls kräftig gestiegen. Allerdings deuten Umfrageindikatoren der *Bank of England* darauf hin, dass der jüngste Exportanstieg überzeichnet sein könnte.

Die Stimmungsindikatoren zeichnen für die kommenden Monate ein eher pessimistisches Bild. Der *Markit/CIPS UK Index* für das Verarbeitende Gewerbe befindet sich seit Mai unterhalb der Wachstumsschwelle, der Index für den Dienstleistungssektor war zuletzt ebenfalls knapp unterhalb dieser Schwelle, und die Investitions- und



Beschäftigungsabsichten (laut *Agents' Summary of Business Conditions* der *Bank of England*) folgen bereits seit Mitte 2018 einem deutlich rückläufigen Trend. Die Inlandsnachfrage dürfte hingegen weiterhin stützend wirken. Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer guten Verfassung und die Arbeitslosenquote liegt mit 3,8 % auf dem tiefsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre. Die Inflation, die im Oktober 1,5 % betrug, liefert gegenwärtig keinen Grund für eine Änderung der Leitzinsen. Bei einem geregelten Austritt sollte das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr nur leicht zurückgehen und danach wieder etwas kräftiger ausfallen. Im Prognosezeitraum werden Wachstumsraten von 1,3 %, 1,0 % bzw. 1,2 % erwartet.

Das Wachstum der Wirtschaft in der **Schweiz** hat sich im dritten Quartal des laufenden Jahres leicht beschleunigt, blieb aber mit 0,4 % gegenüber dem Vorquartal verhalten. Der private Konsum hat sich moderat entwickelt, die Dynamik bei den Investitionen blieb gedämpft und der Außenhandel trug kaum zum Wachstum bei. Der *Markit/Credit Suisse Index* für das Verarbeitende Gewerbe, der seit April dieses Jahres unter der 50-Punkte-Marke liegt, hat sich von seinem Tiefstand im September wieder etwas erholt, deutet aber nach wie vor nicht auf Wachstum hin. Die Inflationsrate ist im Herbst weiter gesunken und liegt seit Oktober knapp unter null. Die Inflation wird voraussichtlich auf einem niedrigen Niveau verharren bzw. nur leicht steigen, was den Konsum stärken sollte. Die im laufenden Jahr positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte sich im Jahr 2020 etwas abschwächen. Im November betrug die nationale Arbeitslosenquote 2,3 %. Auch im kommenden Jahr sollte sich die für die Schweiz sehr wichtige Exportwirtschaft aufgrund der geringeren Dynamik im Welthandel nur gedämpft entwickeln. Ebenso dürften die Investitionen nur langsam wieder in Schwung kommen. Im Jahr 2020 sollten allerdings große internationale Sportveranstaltungen das Wachstum stärken. Im Prognosezeitraum wird ein Wachstum des BIP um 0,9 %, 1,5 % bzw. 1,4 % erwartet.

Trotz einer allmählichen Abnahme des Expansionstempos bleiben die **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** (MOEL) auf einem soliden Wachstumskurs. Die private und die öffentliche Konsumnachfrage sollten im Prognosezeitraum zusammen mit der Investitionsnachfrage, darunter auch die aus Mitteln des EU-Strukturfonds kofinanzierten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen, weiterhin expansiv wirken. Unterstützend sind auch die Fiskal- und die Geldpolitik, die expansiv ausgerichtet bleiben. Allerdings dürfte die als Folge der schwächeren fiskalischen Impulse, der nachlassenden Beschäftigungsdynamik sowie des gemäßigten Lohnwachstums nachlassende Dynamik der Inlandsnachfrage die Expansion der Wirtschaftsleistung bremsen. Gedämpfte Exportaussichten und steigende globale Risiken beeinträchtigen in den MOEL das konjunkturelle Umfeld in zunehmendem Maße. Zugleich löst der Arbeitskräftemangel jedoch Investitionen in die Automatisierung von Prozessen in vielen wirtschaftlichen Bereichen mit entsprechenden Produktivitätseffekten aus, welche die



Wettbewerbsfähigkeit der MOEL stärken. Im Durchschnitt ist eine Zunahme des BIP in den MOEL-5 um 3,7 % in diesem und um 3,0 % im kommenden Jahr zu erwarten. Im Jahr 2021 dürfte das BIP um 2,9 % expandieren.

In **Tschechien** verlangsamte sich das BIP-Wachstum im dritten Quartal auf 0,4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 2,5 % im Vorjahresvergleich. Während der private und der öffentliche Konsum zusammen mit den Exporten das BIP-Wachstum trugen, waren die Investitionen rückläufig. Die globale Konjunkturabschwächung beeinträchtigt zunehmend die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Mit einer Arbeitslosenquote von 2,2 % im Oktober herrscht in Tschechien Vollbeschäftigung. Die Inflation bleibt mit 2,6 % im Oktober auf einem hohen Niveau. Dabei verstärken die kräftige Zunahme der Dienstleistungs- und Immobilienpreise und, infolge des Mangels an Arbeitskräften, das starke Lohnwachstum den Druck auf das allgemeine Preisniveau. Allerdings lässt der Druck auf die Löhne wegen der schwächeren Exportaussichten langsam nach. Im ablaufenden Jahr expandiert das BIP voraussichtlich um 2,6 %. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte die Wirtschaftsleistung infolge eines robusten Konsumwachstums, gestützt durch weitere Fiskalimpulse und kräftige öffentliche Bauinvestitionen, um jeweils 2,3 % zunehmen. Eine Abschwächung der Nachfrage aus der EU und eine Verschärfung der globalen Handelskonflikte stellen angesichts der exportorientierten tschechischen Industrie Abwärtsrisiken dar.

In **Ungarn** expandierte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 1,1 % gegenüber dem Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte sie um 4,8 % zu. Zwar war die Inlandsnachfrage mit besonders stark expandierenden Bauinvestitionen der Hauptwachstumstreiber, aber auch die Exporte trugen positiv zum BIP-Wachstum bei. Aufgrund von Basiseffekten bei den Energiepreisen blieb die Inflation im Oktober mit 3,0 % hoch. Die Arbeitslosenquote betrug im September lediglich 3,5 %. Der öffentliche und der private Konsum, gestützt durch weitere Lohnsteigerungen und Förderprogramme für Familien sowie eine Fortsetzung der dynamischen Kreditvergabe an Privatkunden und Unternehmen, werden das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode tragen. Nach einem Höhepunkt im Jahr 2019 wird die Nutzung der EU-Mittel allmählich abnehmen und die Investitionstätigkeit dämpfen. Die schwache Auslandsnachfrage und globale Unsicherheiten bremsen die Industrieproduktion und die Exporte. Infolgedessen wird mit einer Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik von voraussichtlich 4,7 % im ablaufenden Jahr auf jeweils 2,7 % in den Jahren 2020 und 2021 gerechnet.

In **Polen** expandierte das BIP im dritten Quartal mit 4,1 % zum Vorjahresquartal sehr kräftig, zum Vorquartal legte es um 1,3 % zu. Diese Entwicklung war auf eine starke Zunahme des privaten Konsums infolge stark steigender Löhne, Beschäftigung und Sozialtransfers zurückzuführen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen zogen deutlich an. Die Exporte, insbesondere in die anderen mittel- und osteuropäischen

EU-Länder, stützten das BIP-Wachstum. Die Inflation verlangsamte sich und betrug im Oktober 2,3 %. Die Arbeitslosenquote blieb mit 3,2 % im Oktober um 0,7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt dämpfen zunehmend die Wirtschaftsaktivität. Die Inlandsnachfrage wird in der Prognoseperiode der Wachstumsmotor bleiben. Die Entwicklung der Industrieproduktion und der Exporte dürfte sich wegen der schwachen Auslandsnachfrage verlangsamen. Die Investitionen könnten durch höhere Steuer- und Lohnkosten für Unternehmen infolge angekündigter fiskalischer Maßnahmen schwächer ausfallen. Die Wirtschaftsleistung dürfte nach einem Wachstum um 4,2 % im ablaufenden Jahr in den nächsten zwei Jahren um 3,5 % bzw. 3,2 % zunehmen.

In der **Slowakei** verlangsamte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im dritten Quartal auf 1,8 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres und auf 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Die Investitionen und der private Konsum trugen das BIP-Wachstum. Die Exporte gingen infolge einer abgekühlten Auslandsnachfrage zurück. Die Inflationsrate blieb im Oktober mit 2,9 % hoch. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 5,6 % und blieb damit seit Juli unverändert. Weitere Lohnerhöhungen und eine Zunahme der Beschäftigung werden den privaten Konsum im Prognosezeitraum stützen und zusammen mit den neuen Produktionskapazitäten im Automobilssektor, die die volle Kapazität erst Ende 2020 erreichen werden, den Abschwung abfedern. Die Wirtschaftsleistung wird im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 2,5 % und im kommenden Jahr um 2,4 % wachsen. Eine Zunahme des BIP um 2,6 % wird im Jahr 2021 erwartet.

In **Slowenien** nahm das BIP im dritten Quartal um 0,8 % zum Vorquartal bzw. um 2,0 % im Vorjahresvergleich zu. Sowohl der private Konsum als auch die Anlageinvestitionen waren die Wachstumstreiber. Die Nettoexporte schwächten hingegen das BIP-Wachstum. Der Anstieg der Lebensmittel- und Dienstleistungspreise trug zur Erhöhung der Inflation auf 1,5 % im Oktober bei. Die Arbeitslosenquote blieb seit Juli stabil auf 4,3 % (-0,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). Das BIP dürfte im ablaufenden Jahr um 2,5 % und im nächsten Jahr um 2,7 % expandieren. Für das Jahr 2021 wird ein BIP-Wachstum von 2,6 % erwartet. Der private Konsum dürfte zusammen mit den sich allerdings infolge der Erschöpfung der EU-Mittel allmählich abschwächenden Investitionen das BIP-Wachstum tragen. Die schwächere Auslandsnachfrage wird die Konjunktur hingegen vermutlich dämpfen.

Im dritten Quartal erhöhte sich das BIP in **Rumänien** um 3,2 % im Vorjahresvergleich bzw. um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Investitionen sowie der öffentliche und der private Konsum, gestützt durch starke Pensions- und Lohnsteigerungen, trugen das BIP-Wachstum. Die Nettoexporte wirkten hingegen bremsend. Die Arbeitslosenquote blieb im Oktober stabil auf 4,0 %. Getrieben durch steigende Preise für Dienstleistungen

und Lebensmittel erhöhte sich die Inflation im Oktober auf 3,2 %, dies war erneut die höchste Teuerungsrate in der EU. Aufgrund der angekündigten weiteren Pensions- und Lohnerhöhungen dürfte der private Konsum im nächsten Jahr zusammen mit den Investitionen der Haupttreiber der Konjunktur bleiben. Da sich der dynamische Konsum in steigenden Importen niederschlägt, dürfte der Beitrag der Nettoexporte negativ bleiben und sich das Leistungsbilanzdefizit weiter erhöhen. Angesichts stark zunehmender öffentlicher Ausgaben wird das Budgetdefizit im ablaufenden Jahr die 3-Prozent-Marke deutlich überschreiten. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung im Jahr 2019 um 4,0 % expandieren. Wegen der sinkenden Ausgaben aufgrund der erwarteten Budgetkonsolidierung wird für die Jahre 2020 und 2021 mit einem BIP-Wachstum von jeweils 3,0 % gerechnet.

In **Kroatien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 2,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal bzw. um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal. Das robuste Wachstum spiegelte die solide Inlandsnachfrage, den starken öffentlichen Konsum und die kräftig gestiegenen Bauinvestitionen wider. Auch die Nettoexporte trugen deutlich zum Wachstum bei. Die Inflationsrate blieb im Oktober mit 0,6 % niedrig; die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 6,6 % (–1,1 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der weiter sinkenden Arbeitslosigkeit, steigender Realeinkommen, Steuersenkungen sowie günstiger Kreditbedingungen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Auch die Investitionen dürften ihre lebhafte Dynamik beibehalten, während der Beitrag der Nettoexporte wegen des schwierigen externen Umfeldes im negativen Bereich bleibt. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch die von der EU kofinanzierten Investitionen, um 2,8 % bzw. 2,5 % zunehmen. Im Jahr 2021 dürfte das BIP-Wachstum 2,5 % betragen.

Im dritten Quartal expandierte das BIP in **Bulgarien** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,7 %, im Vorquartalsvergleich legte die Wirtschaftsleistung um 0,8 % zu. Die Expansion wurde sowohl von der Inlands- als auch von der Auslandsnachfrage getragen. Die Inflationsrate betrug im Oktober 1,6 %. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 4,2 % um 0,7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Der Konsum, angetrieben von steigenden Löhnen, und die Investitionen werden in der Prognoseperiode die Wachstumsmotoren bleiben. Das BIP dürfte in den Jahren 2019 und 2020, gestützt durch eine dynamische Entwicklung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 3,6 % bzw. 3,0 % expandieren. Für 2021 wird mit einem BIP-Wachstum von 2,9 % gerechnet.

In **Russland** beschleunigte sich das BIP-Wachstum im dritten Quartal nach dem schwächeren Vorquartal und erreichte 1,7 % im Jahresabstand. Die Beschleunigung des BIP-Wachstums spiegelt hauptsächlich höhere Exportvolumina und Lagerbestände sowie eine bessere Ernte wider, während es kaum Anzeichen für eine Belebung der

Inlandsnachfrage gab. Trotz wachsender Realeinkommen und einer lebhaften Kreditvergabe, insbesondere in Form von Konsumkrediten, legte der Einzelhandel nur schwach zu. Der Beitrag der Investitionen zur Wirtschaftsexpansion war trotz gelockerter Fiskalpolitik im dritten Quartal nur gering. Die globale konjunkturelle Abkühlung spiegelt sich in einer Abschwächung der Nachfrage nach russischen Exporten wider. Die Inflation schwächte sich infolge der verhaltenen Dynamik der Inlands- und Auslandsnachfrage weiter ab und betrug im November 3,5 %. Wegen der rückläufigen Erwerbsbevölkerung erreicht die Arbeitslosenquote historische Tiefstände. Die Arbeitslosigkeit sank im Oktober auf 4,6 %.

Für die Jahre 2020 bis 2024 sind umfangreiche staatliche Investitionen in Infrastruktur-, Gesundheitsversorgungs- und Bildungsprojekte in Höhe von kumuliert 3 % des BIP geplant. Nach der schwachen Dynamik im ablaufenden Jahr dürfte sich die private Konsumnachfrage im Prognosezeitraum infolge einer nachlassenden Inflation in Verbindung mit einer weiteren Ausweitung der Konsumkredite leicht beschleunigen. Wegen der Abkühlung der internationalen Konjunktur und aufgrund des neuen OPEC+-Abkommens, welches eine Kürzung der Ölfördermengen vorsieht, wird für den Prognosezeitraum keine Belebung des russischen Exportvolumens erwartet. Das Volumen der Importe wird bei einem steigenden Bedarf an Investitionsgütern voraussichtlich zulegen. Der BIP-Zuwachs beträgt im ablaufenden Jahr voraussichtlich 1,0 %. In den Jahren 2020 und 2021 dürfte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung auf 1,5 % bzw. 1,7 % beschleunigen.

**Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020	2021
BIP, real					
Deutschland	2,5	1,5	0,5	1,0	1,5
Italien	1,7	0,8	0,2	0,5	0,6
Frankreich	2,3	1,7	1,3	1,3	1,3
Vereinigtes Königreich	1,9	1,4	1,3	1,0	1,2
Schweiz	1,8	2,8	0,9	1,5	1,4
USA	2,4	2,9	2,3	1,8	1,5
Japan	1,9	0,8	1,0	0,6	0,8
China	6,8	6,6	6,2	5,8	5,7
Polen	4,9	5,1	4,2	3,5	3,2
Slowakei	3,0	4,0	2,5	2,4	2,6
Tschechien	4,4	3,0	2,6	2,3	2,3
Ungarn	4,3	5,1	4,7	2,7	2,7
Slowenien	4,8	4,1	2,5	2,7	2,6
MOEL-5 <sup>1</sup>	4,5	4,5	3,7	3,0	2,9
Bulgarien	3,5	3,1	3,6	3,0	2,9
Rumänien	7,1	4,0	4,0	3,0	3,0
Kroatien	3,1	2,7	2,8	2,5	2,5
Russland	1,6	2,3	1,0	1,5	1,7
Euroraum	2,5	1,9	1,1	1,2	1,4
NMS-6 <sup>2</sup>	5,0	4,4	3,8	3,1	2,9
EU-27 <sup>3</sup>	2,7	2,1	1,4	1,4	1,6
OECD	2,7	2,3	1,8	1,7	1,6
Welt	3,7	3,5	3,0	3,0	3,1
Welthandel (Waren laut CPB)	4,8	3,4	-0,6	1,2	2,5
Österreichische Exportmärkte	5,8	3,7	1,7	1,9	2,5
USD/EUR Wechselkurs <sup>4</sup>	1,13	1,18	1,12	1,11	1,11
Rohölpreis (Brent, USD/barrel) <sup>4</sup>	54,8	71,7	64,6	62,0	59,0

<sup>1</sup>MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien <sup>2</sup>NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien <sup>3</sup>ohne Vereinigtes Königreich <sup>4</sup>absolute Werte

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

### 3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die hohen Unsicherheiten im Welthandel und die schwache globale Konjunktur dämpfen die Dynamik der **österreichischen Außenwirtschaft** spürbar. Im Verlauf des Jahres 2019 wuchsen die Exportmärkte Österreichs zunehmend verhaltener. Die Industrieproduktion entwickelte sich rückläufig. Die Auftragseingänge in der Industrie fallen bereits das dritte Quartal in Folge. Bei den Investitionsgütern sanken die Exportauftragseingänge und die Erwartungen über das Exportvolumen. Im laufenden Jahr sollten die österreichischen Exportmärkte mit 1,7 % deutlich moderater zulegen als im Vorjahr. Für die Jahre 2020 und 2021 wird mit einer leichten Erholung des Wachstums auf 1,9 % und 2,5 % gerechnet.

Die nominellen Warenexporte wuchsen im dritten Quartal 2019 verglichen mit dem Vorjahresquartal um 2,0 % und damit in ähnlichem Tempo wie im zweiten Quartal. Die Exporte nach Deutschland gingen im dritten Quartal um 0,3 % zurück, jene in die USA um 8,3 %. Die Exporte nach Osteuropa entwickelten sich mit einem Zuwachs von 2,8 % weiterhin schwach, während die Ausfuhren in Richtung Italien nach zwei rückläufigen Quartalen um 4,1 % zunahmen. Das Wachstum der Ausfuhren von Maschinen und Fahrzeugen kam mit 0,1 % im dritten Quartal 2019 fast zum Erliegen. Die Lieferungen dieser Produktgruppe nach Deutschland brachen im dritten Quartal des laufenden Jahres um 0,7 % ein, die Exporte in die USA und nach China schrumpften um 11,8 % bzw. 18,8 %. Die Exporte der Produktgruppe Bearbeitete Waren schrumpften um 4,3 % im zweiten und um 2,4 % im dritten Quartal. Im dritten Quartal schrumpften die Exporte dieser Produkte nach Deutschland um 7 % und in die USA um 20 %.

Die Nächtigungen verzeichneten im dritten Quartal 2019 einen Zuwachs von 1,9 % bezogen auf das Vorjahresquartal. Dabei entwickelten sich die Nächtigungen der Touristen aus Asien, dem Vereinigten Königreich und Italien rückläufig. Bei den Reiseverkehrsexporten geht das Institut von einem realen Wachstum von 1,3 % im Jahr 2019, 0,8 % im Jahr 2020 und 1,3 % im Jahr 2021 aus. Für die Reiseverkehrsimporte wird für das Jahr 2019 ein Wachstum von 5,0 %, für das Jahr 2020 von 1,5 % und für das Jahr 2021 von 2,0 % erwartet.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR sollten in den Jahren 2020 und 2021 um 1,6 % bzw. 2,6 % zulegen, nach 2,8 % im Jahr 2019. Das Wachstum der realen Warenexporte dürfte in den Jahren 2020 und 2021 1,8 % bzw. 2,8 % betragen, nach 2,3 % im Jahr 2019. Die realen Warenimporte werden in den kommenden zwei Jahren voraussichtlich um 1,3 % bzw. 2,5 % wachsen. Im Jahr 2019 liegt der Zuwachs bei 2,3 %. Die realen Importe i.w.S. laut VGR sollten in den Jahren 2020 und 2021 um 1,4 % bzw. 2,4 % zulegen, nach 3,1 % im Jahr 2019.

## 4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im ablaufenden Jahr waren die österreichischen Haushalte fortgesetzt recht ausgabenfreudig und konnten sich dabei auf eine zufriedenstellende Einkommensentwicklung stützen, die zusätzlich durch den Familienbonus begünstigt wurde. Auch nach dem Auslaufen von Sondereffekten meldet zwar die Statistik der Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen, die manchmal als informeller Konjunkturindikator bemüht wird, eher schwache Werte, dies kann jedoch den Gesamteindruck kaum trüben. Der Nachfrageschwung wird in der nächsten Zeit fortauern.

Der **private Konsum** wächst heuer inflationsbereinigt um 1,5 %, in den beiden Folgejahren jeweils um 1,4 %. Die Realeinkommen expandieren gleichzeitig sowohl 2020 als auch 2021 ebenfalls mit jeweils rund 1,4 %. Die Haushalte folgen also in ihren Konsumausgaben der Entwicklung ihrer Einkommen recht genau. Daraus ergibt sich für den gesamten Prognosezeitraum eine annähernd konstante Haushalts-Sparquote von 7,5 %. Gegenüber der Oktober-Prognose hat sich diese Einschätzung insofern geändert, als die Aussichten für die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen über die nächsten Jahre nun etwas günstiger zu veranschlagen sind. Damit ist es den Haushalten möglich, ihren Konsum ohne Entsparen auszuweiten.

**Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte**



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Abbildung 8 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Die derzeitige Phase einer über mehrere Jahre gleichbleibenden Sparquote erinnert an den Zeitraum 2001 bis 2004, während dessen jedoch das Niveau höher war. Zwischen 2005 und 2010 hatte sich die Sparquote geradezu auf Wanderschaft begeben, baute sich zunächst bis in den zweistelligen Bereich auf und brach anschließend wieder ein. Erst seit 2011 dominieren kleinere Schwankungen auf einem Niveau von 7 % bis 8 %. Gegenwärtig sind keine Motive zu einer Änderung der Aufteilung zwischen Sparen und Konsum erkennbar: die Einkommensentwicklung setzt sich ruhig und zufriedenstellend fort, zudem treten keine markanten Verschiebungen zwischen den stärker konsumwirksamen Lohneinkommen und den Nichtlohneinkommen auf.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter**, das zuletzt kräftig expandiert ist, wächst nun wieder mit dem privaten Konsum im Gleichschritt. Für die beiden kommenden Jahre weist die Prognose Wachstumsraten von jeweils 1,5 % aus.

Im Jahresverlauf hat die Investitionstätigkeit markant an Schwung verloren, was sich vor allem in den saisonbereinigten Wachstumsraten gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zeigt. Das betrifft sämtliche Investitionskategorien. Dabei bleibt das Wachstum der Wohnbauinvestitionen und der Ausrüstungsinvestitionen trotz der Abschwächung robust.

Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** waren gemäß dem aktuellen Rechenstand der VGR im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 4,5 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Vor dem Hintergrund der Konjunkturabschwächung blieb die Investitionstätigkeit der Unternehmen damit recht kräftig. Gleichwohl zeigt sich bei den saisonbereinigten Daten eine markante Verlangsamung im zweiten und dritten Quartal. Zuletzt sind die Ausrüstungsinvestitionen gegenüber dem Vorquartal leicht gesunken. Bei den Veränderungsdaten gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres zeigt sich die Abschwächung weniger deutlich. So sind die Anschaffungen von Fahrzeugen im dritten Quartal im Jahresabstand um 15 % gestiegen, was aber vor allem damit zu erklären ist, dass sie im dritten Quartal 2018 kräftig gesunken waren. Im Durchschnitt der ersten neun Monate übertrafen die Käufe von Fahrzeugen ihr Niveau aus der gleichen Vorjahresperiode um 14,2 %. Die Investitionen in IKT-Ausrüstung (Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie) waren um 3,9 %, die Anschaffungen sonstiger Geräte und Maschinen um 2,0 % und die Investitionen in geistiges Eigentum um 2,8 % höher als in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres. In saisonbereinigter Betrachtung sanken im dritten Quartal die Käufe von Fahrzeugen um 0,6 %, aber auch die Investitionen in Maschinen und Geräte waren rückläufig. Stabil blieb nur das Wachstum der Investitionen in geistiges Eigentum.

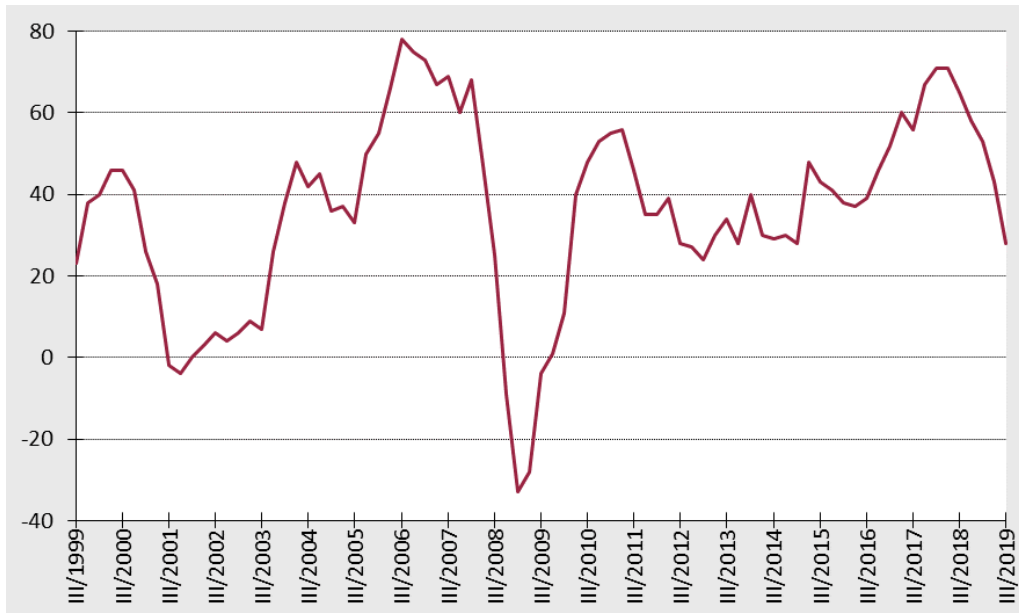


Im kommenden Jahr dürfte die Investitionstätigkeit wenig Schwung entfalten. Angesichts der globalen Konjunkturschwäche, vor allem im Verarbeitenden Gewerbe, beurteilen auch die heimischen Industrieunternehmen ihre Auftragslage und die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit zunehmend kritisch. Die Kapazitätsauslastung entspricht inzwischen nur noch ihrem langjährigen Durchschnitt. Aus diesen Rahmenbedingungen folgt, dass derzeit wohl kein Bedarf an Erweiterungsinvestitionen besteht. Erst mit der erwarteten allmählichen Konjunkturbelebung ist im späteren Verlauf des Prognosezeitraums wieder mit einer kräftigeren Investitionstätigkeit zu rechnen. Unterstützung erhält die Sachkapitalbildung weiterhin vom Finanzierungsumfeld. Mit der Konjunkturabkühlung dürften zwar auch die Unternehmensgewinne zurückgehen, aber aufgrund der zurückliegenden Hochkonjunkturphase sind die Innenfinanzierungsmöglichkeiten nach wie vor günstig. Zudem werden die langfristigen Zinssätze wohl im gesamten Prognosezeitraum sehr niedrig bleiben. Gemäß der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum (*bank lending survey*) hat sich auch der bereits seit Mitte 2016 bestehende Trend sinkender Margen bei neu vergebenen Unternehmenskrediten im dritten Quartal 2019 fortgesetzt. Dabei ist anzumerken, dass von den günstigeren Kreditkonditionen nur Unternehmen mit hoher Bonität profitieren. Bei risikoreicheren Unternehmenskrediten wurden die Margen dagegen nicht gesenkt.

Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2020 und 2021 um 0,3 % bzw. 2,0 % ausgeweitet werden, nach 3,4 % im Jahresdurchschnitt 2019.

**Abbildung 9: Beurteilung der Auftragsbestände**

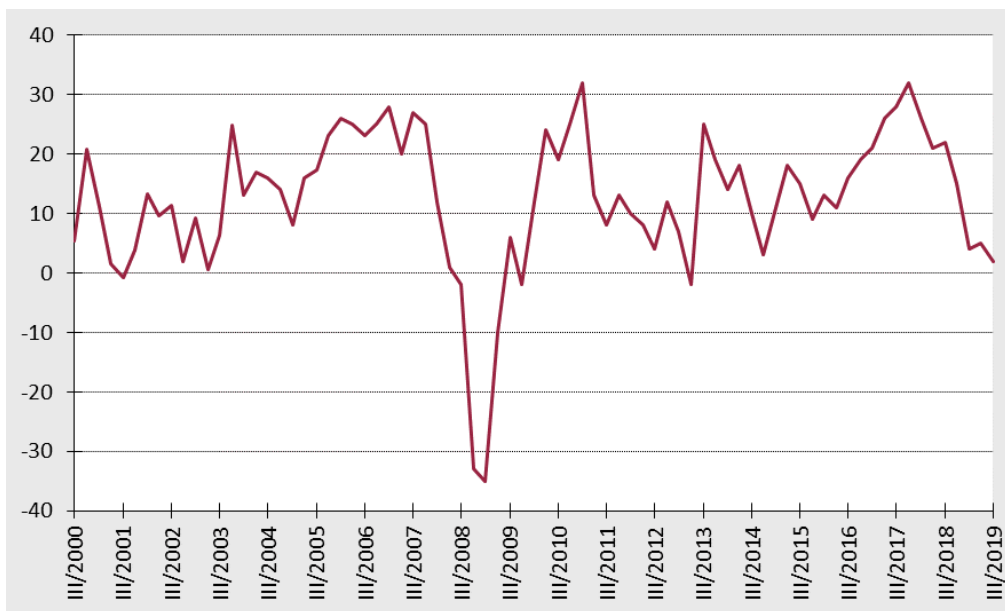
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

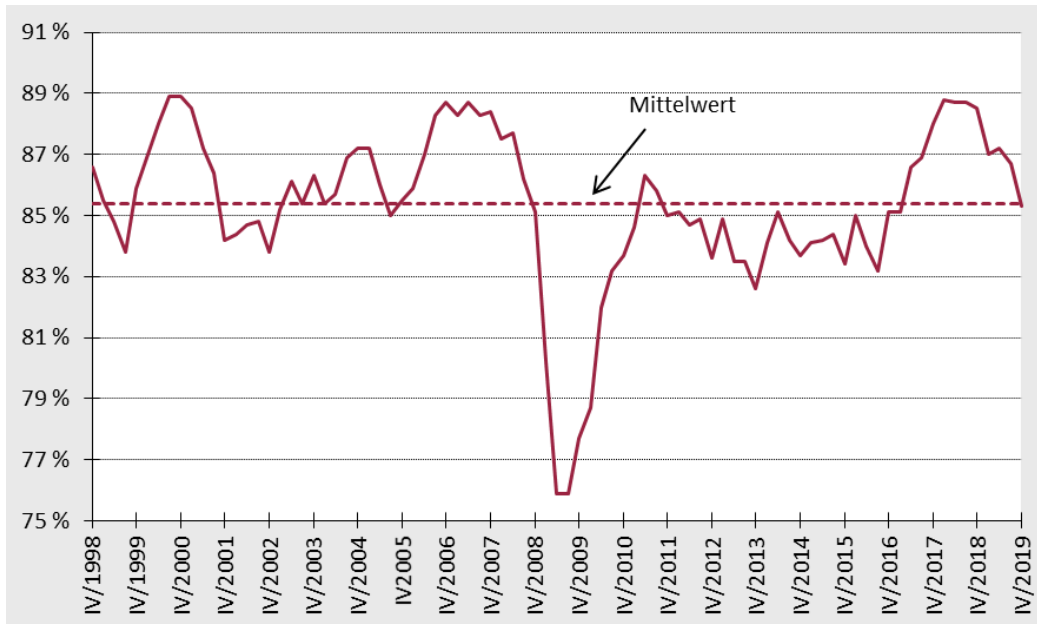
**Abbildung 10: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate**

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie  
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Aufgrund des intensiven Wettbewerbs auf den globalen Märkten für Investitionsgüter steigen deren Preise im Allgemeinen nur moderat. Zudem hat sich auch hier die Konjunkturabkühlung im Jahresverlauf bemerkbar gemacht. Der Anstieg des Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen hat sich von 1,6 % im ersten Quartal auf 1,0 % im dritten Jahresviertel verringert, woraus sich für den bisherigen Jahresdurchschnitt eine Zunahme um 1,3 % ergibt. Im Prognosezeitraum dürfte der Auftrieb der Investitionsgüterpreise gering bleiben. Dazu trägt auch bei, dass die Rohstoffpreise und der Wechselkurs weitgehend stabil bleiben dürften. Der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen dürfte in den Jahren 2020 und 2021 um 1,2 % bzw. 1,1 % steigen, nach 1,3 % im ablaufenden Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** waren im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 2,7 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei wurden die Wohnbauinvestitionen mit einem Wachstum von 5,0 % weiterhin kräftig, die sonstigen Bauinvestitionen aber nur noch um 1,0 % ausgeweitet. In saisonbereinigter Rechnung tritt die Schwäche bei den sonstigen Bauinvestitionen noch deutlicher zutage, denn sie waren im ersten Quartal nur um 0,1 % höher als im Vorquartal und gingen im zweiten und dritten Quartal jeweils um 0,1 % zurück. Hingegen waren die Wohnbauinvestitionen im dritten Quartal noch immer um 0,7 % höher als im Vorquartal.

Im Prognosezeitraum wird die Bautätigkeit wohl nur mäßig expandieren. Dabei dürften Impulse weiterhin vor allem vom Wohnbau kommen. Dieser wird auch künftig von der steigenden Bevölkerung profitieren. Die Immobilienpreise steigen nach wie vor kräftig, auch wenn im dritten Quartal der Preisanstieg etwas nachließ. Gemäß dem von der Oesterreichischen Nationalbank veröffentlichten Fundamentalpreisindikator waren im dritten Quartal Wohnimmobilien in Wien um 26 % und in ganz Österreich um 14 % überbewertet. Die hohen und weiter steigenden Immobilienpreise sollten Anreize für eine Ausweitung des Angebots bieten. Die Baubewilligungen sinken allerdings bereits seit Beginn des Jahres 2018, was auf eine nachlassende Dynamik bei den Wohnbauinvestitionen hindeutet. Dafür spricht auch, dass mit der schwächeren Konjunktur die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nicht mehr so kräftig zulegen wie während der Hochkonjunktur. Unterstützung erhalten die Wohnbauinvestitionen davon, dass die Eindämmung klimarelevanter Emissionen Investitionen in die thermische Gebäudesanierung immer dringlicher macht, wovon das Ausbaugewerbe profitiert. Auch die Bauinvestitionen werden durch die niedrigen Zinsen unterstützt. Gemäß *bank lending survey* wurden die Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite im dritten Quartal 2019 weiter leicht verschärft, die Kreditzinsen sanken aber weiter.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen schwach bleiben und sich erst gegen Ende des Prognosezeitraums allmählich beleben. Der öffentliche Bau profitiert davon, dass sich in den vergangenen Jahren die Lage der öffentlichen Haushalte deutlich verbessert hat. Aber im Prognosezeitraum dürften sich die Steuereinnahmen weniger dynamisch entwickeln, sodass auch der öffentliche Bau weniger Schwung entfalten dürfte. Gleichwohl sind verstärkte öffentliche Investitionen in die digitale Infrastruktur und zum Klimaschutz zu erwarten. Insgesamt geht das Institut davon aus, dass die realen Bauinvestitionen in den Jahren 2020 und 2021 um 1,2 % bzw. 1,5 % zulegen werden, nach 2,3 % im zu Ende gehenden Jahr.

Im bisherigen Jahresverlauf hat sich der Anstieg der Baupreise in saisonbereinigter Betrachtung leicht abgeschwächt. Im Vorjahresvergleich stieg der Deflator der Bauinvestitionen in den ersten beiden Quartalen jeweils um 3,2 % und im dritten Jahresviertel um 3,1 %. Die Baupreise im Hoch- und Tiefbau stiegen im gleichen Ausmaß. Im Hochbau übertrafen die Preise im Durchschnitt der ersten drei Quartale ihren Vorjahrestand um 3,4 % und im Tiefbau um 2,7 %. Im Hochbau waren vor allem die Bauleistungen für den Preisanstieg verantwortlich. Im Tiefbau trugen insbesondere die Baumaterialien wie Bitumen im Straßenbau zum Preisanstieg bei. Im Gegensatz zu den Baupreisen ist bei den Baukosten eine deutliche Abflachung im Jahresverlauf zu beobachten. Der Unterschied zwischen Kosten und Preisen besteht darin, dass der

Baukostenindex die Kostengrundlagen, etwa für Löhne, Material und Geräte zur Herstellung eines Bauvorhabens, abbildet, während der Baupreisindex die Entwicklung der Marktpreise abbildet, die an das Bauunternehmen zu zahlen sind. Insbesondere in Zeiten geringerer Nachfragedynamik kann damit gerechnet werden, dass sich die sinkenden Baukosten im Prognosezeitraum allmählich auch in den Baupreisen niederschlagen. Deshalb rechnet das Institut damit, dass der Preisindex der Bauinvestitionen in den Jahren 2020 und 2021 um 2,3 % bzw. 2,2 % steigen wird, nach 3,1 % im heurigen Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** in den Jahren 2020 und 2021 ein Anstieg um 0,7 % bzw. 1,8 %, nach 2,9 % im zu Ende gehenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, ist im vergangenen Jahr auf 23,9 % gestiegen. Sie dürfte im ablaufenden Jahr noch weiter auf 24,3 % gestiegen sein und sich in den beiden kommenden Jahren bei 24,2 % stabilisieren. Die Lagerbestandsveränderungen dürften im Prognosezeitraum weitgehend wachstumsneutral sein, nachdem sie im ablaufenden Jahr leicht positiv zum Wachstum beigetragen haben dürften. Somit steigen die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) in den beiden kommenden Jahren mit 0,7 % bzw. 1,8 % im selben Tempo wie die Bruttoanlageinvestitionen. Im zu Ende gehenden Jahr dürfte das Wachstum der Bruttoinvestitionen mit 3,1 % etwas höher als die Expansion der Anlageinvestitionen gewesen sein.

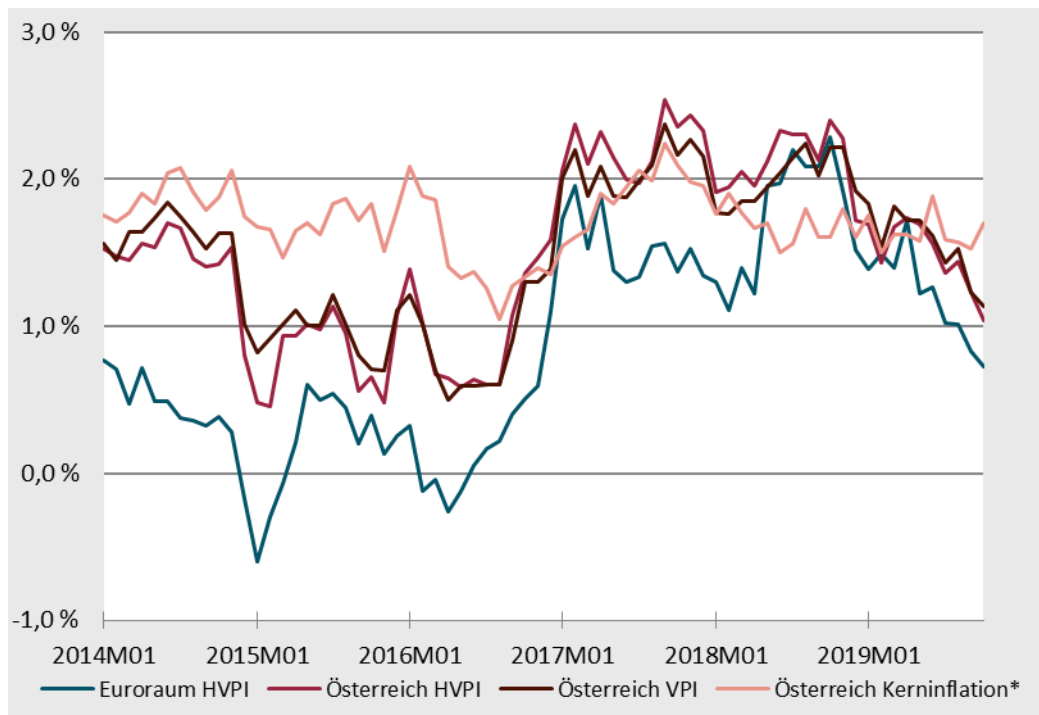
Die Lage der **öffentlichen Haushalte** stellt sich über den Prognosezeitraum weiterhin sehr positiv dar. Das Institut erwartet für das Jahr 2019 einen Budgetüberschuss nach Maastricht von 0,5 % des BIP. Dieser deutliche Überschuss ergibt sich insbesondere aus der dynamischen Entwicklung der Steuereinnahmen. Die Einzahlungen in das Bundesbudget sind derzeit (Oktober 2019) um rund 2,5 Mrd. Euro höher als die Auszahlungen. Dies ist insbesondere auf die Einnahmeentwicklung bei der Lohnsteuer mit einem Plus von rund 1,1 Mrd. Euro, wie auch der Einkommensteuer mit einem Plus von rund 434 Mio. Euro gegenüber dem Voranschlag zurückzuführen. Bei beiden Steuerarten kommt die gute konjunkturelle Lage der Vorjahre durch die Progressionseffekte nun voll zum Tragen. Eine ähnliche Entwicklung zeigen auch die aktuellsten Quartalsdaten zu den öffentlichen Einnahmen im Bereich der Sozialversicherung, wohingegen der Anstieg der monetären Sozialleistung noch moderat ist. Im Vergleich zu diesen lohnbezogenen Abgaben entwickelte sich die Umsatzsteuer mit einem Plus von rund 360 Mio. Euro eher unterdurchschnittlich, da sich hier die abflauende Konjunktur bereits direkt widerspiegelt. Die für die öffentlichen Haushalte unverändert günstige Situation auf den Kapitalmärkten kommt weiterhin durch verringerte Zinszahlungen zum Tragen, da die

zu tilgenden Bundesanleihen wesentlich höher verzinst waren als neu zu begebende Anleihen.

Aufgrund der abflauenden konjunkturellen Situation sowie zusätzlicher Staatsausgaben aufgrund der Nationalratsbeschlüsse von Juli und September 2019 wird der Budgetsaldo für das Jahr 2020 mit einem Überschuss von 0,2 % geringer ausfallen. Im Einklang mit dem Grundtenor dieser Prognose eines allmählichen Konjunkturaufschwunges wird auch mit einem erneuten Anstieg der Überschüsse in den öffentlichen Haushalten im Jahr 2021 auf 0,4 % des BIP gerechnet. Eine Realisierung dieser Überschüsse würde auch sicherstellen, dass der strukturelle Budgetsaldo positiv ausfällt und daher die europäischen Fiskalregeln erfüllt werden. Insgesamt ist zu beachten, dass diese Prognosen auf dem Status quo beruhen.

Der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** dürfte im zu Ende gehenden Jahr 2,7 % betragen haben und damit etwas hinter dem der Tariflöhne (3,0 %) zurückbleiben. Bei einer Teuerung von 1,6 % (Konsumdeflator) impliziert dies einen Anstieg der Reallöhne von 1,1 % im Jahr 2019. Die Lohnabschlüsse der Herbstlohnrunde beliefen sich auf 2,7 % in der Metallindustrie, auf 2,35 % für Beschäftigte im Handel und auf 2,3 % im öffentlichen Dienst. Die Ergebnisse liegen im Schnitt einen halben Prozentpunkt unter denen des Vorjahres. Vor diesem Hintergrund geht das Institut davon aus, dass die Effektivlöhne im nächsten Jahr mit 2,2 % etwas langsamer steigen werden als in diesem Jahr. Im Jahr 2021 dürften sich die Lohnerhöhungen mit 2,3 % nahezu unverändert entwickeln. Die Reallohnsteigerungen von 0,7 % im nächsten bzw. 0,6 % im übernächsten Jahr entsprechen damit in etwa dem Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, betrug im Oktober dieses Jahres 1,1 %. Das ist gut einen Prozentpunkt weniger als vor einem Jahr. Der merkliche Rückgang ist nahezu ausschließlich auf die rückläufige Teuerung bei der Energie zurückzuführen. Die Kerninflation hingegen, die die volatileren Preissegmente des Warenkorb (Energie und Nahrungsmittel) ausblendet, liegt nach wie vor bei gut 1 ½ %. Mit dem Auslaufen des Basiseffekts bei den Energiepreisen dürfte sich die Inflation zur Jahreswende wieder etwas beschleunigen. Für den Jahresdurchschnitt 2019 prognostiziert das Institut daher weiterhin eine Inflationsrate von 1,5 %. Von der verhaltenen Konjunktur, den nur leicht anziehenden Lohnstückkosten und den internationalen Rohstoffmärkten dürften kaum preistreibenden Impulse ausgehen, sodass für das kommende Jahr ebenfalls eine Verbraucherpreissteigerung von 1,5 % erwartet wird. Mit der allmählichen Konjunkturbelebung im Jahr 2021 dürfte die Inflation leicht auf 1,7 % anziehen. Für den Euroraum geht das Institut von einer Inflation von 1,2 % im kommenden bzw. 1,3 % im übernächsten Jahr aus. Dies impliziert ein Inflationsdifferenzial von 0,2 Prozentpunkten zum Euroraum.

**Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum**

Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, \*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Die Konjunkturertrübung hinterlässt allmählich ihre Spuren am Arbeitsmarkt. Das Tempo des von der Hochkonjunktur getriebenen Beschäftigungsaufbaus hat sich merklich verringert und der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte bald zum Stillstand kommen. Im kommenden Jahr wird die Beschäftigungsdynamik voraussichtlich nicht mehr kräftig genug sein, um den Anstieg des Arbeitskräftepotenzials vollkommen zu absorbieren. Die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition dürfte somit auf 7,5 % steigen. Im Jahr 2021 sollte die Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau verharren. Durch einen verstärkten zielgerichteten Einsatz von Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollte der Verfestigung der Arbeitslosigkeit gegengesteuert werden.

Seit dem Jahresbeginn hat der Beschäftigungsaufbau spürbar an Tempo verloren. Im November expandierte die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahresvergleich um 38.000 Personen bzw. 1,0 %. Die deutliche Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus reflektiert insbesondere die Konjunkturschwäche in der Industrie. Erstmals seit Juli 2015 entfiel daher wieder die Mehrzahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze auf Frauen. Getragen wird der Beschäftigungsaufbau weiterhin von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft, insbesondere aus den EU-Beitrittsländern der Jahre 2004 bzw. 2007. In der Sachgüterproduktion kommt der Beschäftigungsanstieg allmählich zum Erliegen. So stieg im November die Zahl der Arbeitsplätze im Jahresabstand nur noch um 3.600 bzw. 0,6 %. Lediglich in den Branchen Maschinen und Fahrzeugbau (2.600) sowie Chemie

(1.400) wurde noch merklich Beschäftigung aufgebaut. Mit einem Anstieg von 5.100 Personen bzw. 1,8 % blieb die Beschäftigungsentwicklung am Bau überdurchschnittlich. Im Dienstleistungssektor legte die Zahl der Arbeitsplätze um 28.000 bzw. 1,0 % zu. Die Zahl der überwiegend in der Industrie eingesetzten Leiharbeitskräfte ging dabei um 7.600 Personen zurück.

Aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche dürfte der Beschäftigungsaufbau im weiteren Prognosezeitraum verhalten bleiben. Darauf deutet auch die Entwicklung des Indikators der offenen Stellen hin. Im ablaufenden Jahr hat sich die Beschäftigung mit einer Zunahme um 1,6 % noch sehr positiv entwickelt. Für das kommende Jahr erwartet das Institut weiterhin eine Halbierung des Beschäftigungswachstum auf 0,8 %. Im Jahr 2021 sollte die Beschäftigung mit einer ähnlichen Rate expandieren.

**Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis November 2019**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	56.937	1,5 %
Männer	34.599	1,7 %
Frauen	22.339	1,3 %
Aktiv-Beschäftigte*	59.884	1,6 %
Primärer Sektor	1.410	1,9 %
Sachgüterproduktion	10.398	1,7 %
Bau	10.027	3,8 %
Dienstleistungssektor	37.972	1,4 %
Arbeitslose gesamt	-11.228	-3,6 %
Männer	-8.726	-5,1 %
Frauen	-2.502	-1,8 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-7.375	-10,6 %

\*ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten  
Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im November ist die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Vorjahresvergleich um 7.800 Personen bzw. 2,5 % gefallen; unter Berücksichtigung der rückläufigen Schulungsteilnahmen beträgt der Rückgang 10.800. In saisonbereinigter Betrachtung beläuft sich die Zahl der Arbeitssuchenden auf 300.000 und ist seit März annähernd konstant. Aufgrund der zunehmenden Schwäche der Industrie fällt seit September der Rückgang bei den Frauen stärker als bei den Männern aus. In sektoraler Hinsicht ging die



Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich am Bau sowie im Bereich Beherbergung und Gastronomie zurück; gestiegen ist sie hingegen im Bereich Verkehr und in der Sachgüterproduktion. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen aus der Arbeitskräfteüberlassung ist im Vorjahresvergleich noch leicht rückläufig.

Im Durchschnitt des ablaufenden Jahres ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresabstand um 11.000 bzw. 3,5 % gesunken. Zusätzlich sind die Schulungsteilnahmen um 7.000 zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition wird voraussichtlich 7,3 % betragen.

Im kommenden Jahr dürften die Arbeitslosenzahlen erstmals seit Jahresende 2016 wieder zunehmen. Dies erklärt sich durch die geringere Wirtschaftsdynamik, welche die Beschäftigungsnachfrage bremst. Aufgrund der demografischen Entwicklung und des schwächeren Wirtschaftswachstums sollte sich auch die Zunahme des Arbeitskräfteangebots etwas verlangsamen. Weiters wird davon ausgegangen, dass die Effekte der vollständigen Öffnung des Arbeitsmarktes für die Arbeitskräfte aus Kroatien gering ausfallen. Insgesamt gesehen wird somit weiterhin erwartet, dass die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition im Jahresdurchschnitt 2020 auf 7,5 % klettert. Voraussichtlich wird sie im Jahr 2021 auf diesem Niveau verharren. Ausgehend von 4,6 % im ablaufenden Jahr dürfte die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition in den Jahren 2020 und 2021 4,8 % betragen.

Die vorliegende Evidenz deutet darauf hin, dass sich die strukturelle Arbeitslosigkeit im Zuge der Wachstumsschwäche der Jahre 2012 bis 2015 merklich erhöht hat. Dies manifestiert sich etwa in einem deutlichen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit. Weiters bestehen deutliche Hinweise auf einen qualifikatorischen Mis-Match am heimischen Arbeitsmarkt, also das Auseinanderklaffen von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen. Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten daher verstärkt eingesetzt werden, um die Qualifikation der Arbeitskräfte zu heben. Die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist im internationalen Vergleich sehr hoch. Allfällige Maßnahmen der künftigen Regierung zur steuerlichen Entlastung des Faktors Arbeit würden die Arbeitsnachfrage kräftigen. Auch mit Mitteln der Bildungspolitik sollten potenzielle Arbeitsmarktprobleme bereits frühzeitig gezielt bekämpft werden. Beispielsweise weist das Institut schon lange Zeit auf die hohen Renditen von Investitionen in die frühkindliche Bildung hin.

## 5 Monetäre Prognose

Seit der letzten Prognose wurden die Leitzinsen im Euroraum nicht verändert. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt somit weiterhin bei 0 %, die Zinssätze für die Einlagefazilität und die Spitzenrefinanzierungsfazilität betragen –0,5 % bzw. 0,25 %. Auch im Vereinigten Königreich, in der Schweiz und in Japan wurden die Leitzinsen nicht verändert. Sie liegen in der Schweiz und in Japan mit –0,75 % bzw. –0,1 % weiterhin im negativen Bereich und jener im Vereinigten Königreich beträgt 0,75 %. In den USA dagegen wurde der Zielsatz für Taggeld erwartungsgemäß auf 1,5 % bis 1,75 % gesenkt.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt weiter zurückgegangen und bewegt sich damit markant unter der Zielmarke der EZB. Diese liegt unterhalb von, aber knapp bei 2 %. Im September, Oktober und November betrug die Inflation im Euroraum 0,8 %, 0,7 % bzw. 1,0 %. Für den Jahresdurchschnitt 2019 wird mit einem Wert von 1,2 % gerechnet, danach sollte die Inflation etwas anziehen und im Jahr 2021 schließlich 1,5 % betragen. Die Leitzinsen im Euroraum werden im Prognosezeitraum wohl auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

**Tabelle 5: Leitzinsen**

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2016	0	0,5 – 0,75	0,25	–0,75	–0,1
Ende 2017	0	1,25 – 1,5	0,5	–0,75	–0,1
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
16.12.2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1

Für die Jahre 2016 bis 2018 werden bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank die mittleren Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream

Der EZB-Rat kommuniziert weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel von knapp unter 2 % nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt. Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten, welches im November mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. Euro wieder aufgenommen wurde, soll weiter fortgeführt und erst kurz vor einer ersten Anhebung der Leitzinsen beendet werden. Darüber hinaus wurde bestätigt, dass die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere bei Fälligkeit weiterhin wieder veranlagt werden. Die Reinvestitionen sollen für einen längeren

Zeitraum nach dem Zeitpunkt andauern, zu dem die EZB mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt.

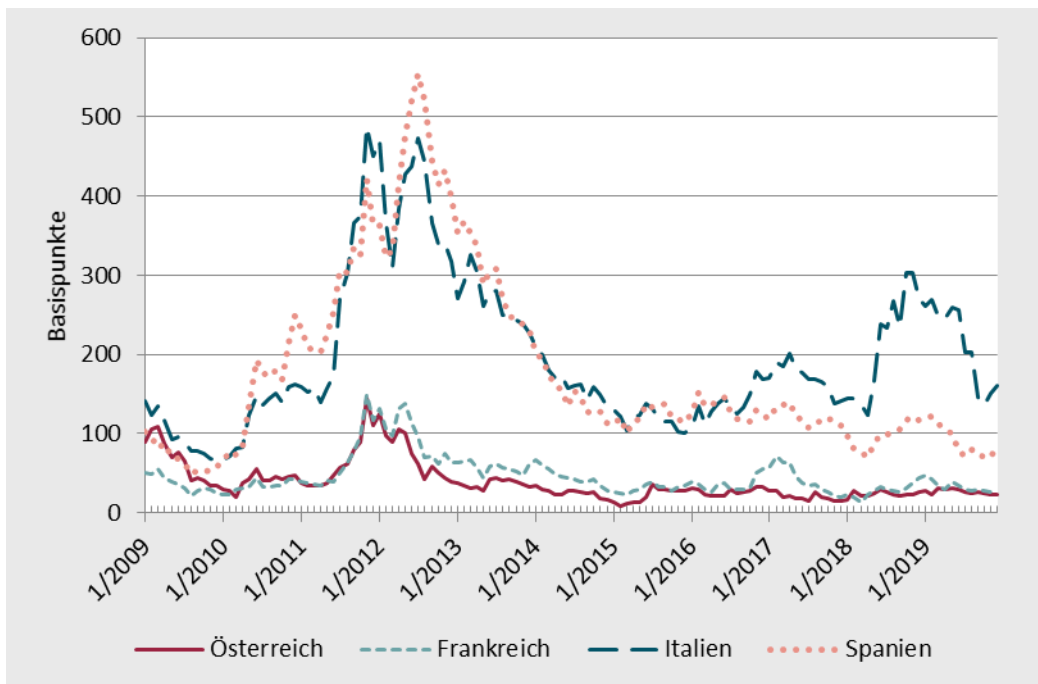
Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der europäischen Notenbank konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des vierten Quartals bei  $-0,4\%$ . Dies entspricht einer Konstanz im Vergleich zum Vorquartal und einem Rückgang von rund 10 Basispunkten im Vergleich zum Vorjahresquartal. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut zunächst keine Veränderung der kurzfristigen Geldmarktzinsen und dann einen leichten Anstieg im Jahr 2021. Der 3-Monats-Euribor sollte somit in den Jahren 2019, 2020 und 2021  $-0,4\%$ ,  $-0,4\%$  bzw.  $-0,3\%$  betragen.

Die Renditen von Staatsanleihen sind zuletzt geringfügig gestiegen. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren notierten im vierten Quartal 2019 zu durchschnittlich  $-0,1\%$  bzw.  $-0,4\%$ . Dies bedeutet einen Rückgang um jeweils rund 15 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal. Auch gegenüber dem Vorjahresquartal haben sich die Renditen der Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit in Österreich und Deutschland verringert, und zwar um jeweils rund 70 Basispunkte.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Italien im Vergleich zu Deutschland haben sich seit der Ankündigung einer geringeren Neuverschuldung deutlich verringert. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode nur leicht ansteigt. Für die Jahre 2019, 2020 und 2021 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von  $0,0\%$ ,  $0,2\%$  bzw.  $0,3\%$  prognostiziert.

Im Durchschnitt des vierten Quartals 2019 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar  $1,11$  USD/EUR und hat sich damit gegenüber dem Vorquartal nicht verändert. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat der Euro jedoch an Wert verloren, und zwar um rund  $3\%$ . Für die Jahre 2019, 2020 und 2021 werden durchschnittliche Jahreskurse von  $1,12$  USD/EUR,  $1,11$  USD/EUR bzw.  $1,11$  USD/EUR erwartet.

**Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland**



Quelle: Refinitiv Datastream

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2019, 2020 und 2021 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 3,4 %, 2,7 % bzw. 2,6 % steigen. Die Spareinlagen dürften im laufenden Jahr um 0,4 % wachsen und in den kommenden Jahren um 1,2 % bzw. 1,3 % schrumpfen.<sup>i</sup> Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 4,7 %, 1,0 % bzw. 1,5 %.

<sup>i</sup> Das in der Oktober-Prognose prognostizierte hohe Wachstum der Spareinlagen für 2019 wurde aufgrund einer Datenkorrektur revidiert. Für den hohen prognostizierten Wert war hauptsächlich eine Umklassifizierung von Sparprodukten vom letzten Quartal 2018 auf das erste Quartal 2019 verantwortlich. Diese Umklassifizierung wurde nun in den Daten der OeNB korrigiert und erfolgt (in den aktuellen Daten) vom dritten auf das vierte Quartal 2017. Auch die historischen Spareinlagen in Tabelle 11 im Anhang wurden entsprechend korrigiert.

## 6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,737 1,6%	379,544 1,3%	385,432 1,6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,659 3,4%	410,409 2,9%	423,758 3,3%
DEFLATOR DES BIP (2015=100)	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,384 1,7%	108,132 1,6%	109,944 1,7%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	99,097 1,7%	100,000 0,9%	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,677 1,5%	108,277 1,5%	110,117 1,7%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	46,490 2,1%	47,455 2,1%	48,561 2,3%	49,277 1,5%	50,561 2,6%	51,926 2,7%	53,068 2,2%	54,289 2,3%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,072 1,6%	3747,972 0,8%	3781,704 0,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,345 -0,355	7,497 0,152	7,463 -0,034

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	180,490 0,3%	181,371 0,5%	184,304 1,6%	186,920 1,4%	189,027 1,1%	191,842 1,5%	194,516 1,4%	197,248 1,4%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	70,972 0,5%	71,681 1,0%	72,398 1,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	76,380 -0,4%	78,138 2,3%	81,313 4,1%	84,526 4,0%	87,849 3,9%	90,376 2,9%	90,994 0,7%	92,604 1,8%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	3,192 0,9	3,791 1,1	3,854 1,1	4,486 1,2	4,368 1,2	4,668 1,2	4,768 1,3	4,868 1,3
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	358,753 1,7%	362,833 1,1%	367,988 1,4%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	13,455 3,9	12,913 3,8	12,326 3,5	12,911 3,6	16,108 4,4	16,034 4,3	16,770 4,4	17,514 4,5
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,737 1,6%	379,544 1,3%	385,432 1,6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
PRIVATER KONSUM	0,161	0,258	0,852	0,744	0,585	0,763	0,714	0,720
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,166	0,174	0,355	0,214	0,169	0,096	0,189	0,189
BRUTTOINVESTITIONEN	0,164	0,755	0,933	1,102	0,899	0,770	0,190	0,454
ANLAGEINVESTITIONEN	-0,091	0,516	0,922	0,914	0,923	0,685	0,165	0,424
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,146	0,176	0,018	0,180	-0,033	0,081	0,027	0,026
EXPORTE I.W.S.	1,470	1,587	1,631	2,692	3,233	1,596	0,928	1,484
WAREN	1,037	1,153	1,009	2,020	2,488	0,907	0,710	1,121
DIENSTLEISTUNGEN	0,433	0,434	0,622	0,674	0,749	0,688	0,220	0,368
IMPORTE I.W.S.	-1,390	-1,746	-1,802	-2,526	-2,345	-1,616	-0,731	-1,288
WAREN	-0,756	-1,490	-1,260	-1,632	-1,516	-0,869	-0,486	-0,971
DIENSTLEISTUNGEN	-0,654	-0,249	-0,542	-0,889	-0,828	-0,748	-0,245	-0,318
BRUTTOINLANDSPRODUKT	0,661	1,015	2,083	2,476	2,420	1,594	1,283	1,552



TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,3	6,7	7,7	7,3	7,7	7,5	7,5	7,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,2	-0,6	1,0	-0,3	0,3	-0,2	0,0	-0,1
INVESTITIONSQUOTE	22,7	22,7	23,1	23,5	23,9	24,3	24,2	24,2
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,4	0,0	0,4	0,4	0,4	0,4	-0,1	0,0
REALZINSSATZ	-0,70	-1,55	-1,30	-0,57	-1,01	-1,69	-1,46	-1,41
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-1,06	-0,86	0,26	0,72	-0,44	-0,68	0,23	0,06
HVPI - HARMONISIRTER VERBRAUCHERPREISINDEX	99,20 1,5%	100,00 0,8%	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,99 1,5%	108,60 1,5%	110,44 1,7%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,161 0,1%	47,455 0,6%	47,896 0,9%	47,633 -0,5%	47,859 0,5%	48,377 1,1%	48,710 0,7%	48,998 0,6%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	9,978 0,0%	9,982 0,0%	10,034 0,5%	10,079 0,5%	10,075 0,0%	10,073 0,0%	10,127 0,5%	10,192 0,6%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	122,542 2,1%	125,034 2,0%	127,288 1,8%	128,587 1,0%	131,993 2,6%	135,578 2,7%	137,832 1,7%	140,097 1,6%
ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	5,6 0,2	5,7 0,1	6,0 0,3	5,5 -0,5	4,9 -0,6	4,6 -0,3	4,8 0,2	4,8 0,0
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-2,7 -0,8	-1,0 1,7	-1,5 -0,5	-0,7 0,8	0,2 0,9	0,5 0,3	0,2 -0,2	0,4 0,2

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	170,935 2,2%	173,921 1,7%	179,347 3,1%	185,457 3,4%	191,389 3,2%	197,368 3,1%	203,133 2,9%	209,479 3,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	6,953 6,2%	7,450 7,1%	7,543 1,2%	7,893 4,6%	8,267 4,7%	8,538 3,3%	8,817 3,3%	9,128 3,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	65,972 2,3%	68,033 3,1%	70,275 3,3%	72,184 2,7%	74,526 3,2%	76,696 2,9%	79,013 3,0%	81,199 2,8%
BRUTTOINVESTITIONEN	78,394 2,0%	81,955 4,5%	86,425 5,5%	91,706 6,1%	96,854 5,6%	101,898 5,2%	104,409 2,5%	108,000 3,4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	39,712 0,1%	41,719 5,1%	45,306 8,6%	47,782 5,5%	50,354 5,4%	52,717 4,7%	53,483 1,5%	55,153 3,1%
BAUINVESTITIONEN	35,781 2,4%	36,419 1,8%	37,228 2,2%	39,343 5,7%	42,011 6,8%	44,288 5,4%	45,828 3,5%	47,538 3,7%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,002 0,382	-0,003 -0,001	0,012 0,015	0,828 0,816	0,322 -0,507	0,306 -0,015	0,302 -0,004	0,298 -0,004
INLANDSNACHFRAGE	322,253 2,4%	331,356 2,8%	343,603 3,7%	358,068 4,2%	371,358 3,7%	384,806 3,6%	395,674 2,8%	408,105 3,1%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,083 3,3%	227,224 2,3%	235,390 3,6%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	208,230 3,8%	212,489 2,0%	219,737 3,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,659 3,4%	410,409 2,9%	423,758 3,3%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	173,400 0,2%	173,921 0,3%	176,891 1,7%	179,269 1,3%	181,161 1,1%	183,878 1,5%	186,452 1,4%	189,063 1,4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,088 3,4%	7,450 5,1%	7,413 -0,5%	7,650 3,2%	7,866 2,8%	7,964 1,3%	8,064 1,3%	8,185 1,5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	67,440 0,8%	68,033 0,9%	69,257 1,8%	70,010 1,1%	70,619 0,9%	70,972 0,5%	71,681 1,0%	72,398 1,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	79,382 0,7%	81,955 3,2%	85,167 3,9%	89,041 4,5%	92,280 3,6%	95,120 3,1%	95,832 0,7%	97,554 1,8%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	40,020 -1,0%	41,719 4,2%	44,712 7,2%	46,729 4,5%	48,662 4,1%	50,317 3,4%	50,442 0,3%	51,451 2,0%
BAUINVESTITIONEN	36,366 0,3%	36,419 0,1%	36,600 0,5%	37,798 3,3%	39,189 3,7%	40,071 2,3%	40,552 1,2%	41,160 1,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,046 0,303	-0,003 -0,049	0,385 0,388	1,261 0,877	0,824 -0,437	0,769 -0,055	0,744 -0,025	0,719 -0,025
INLANDSNACHFRAGE	327,276 0,6%	331,356 1,2%	339,113 2,3%	347,200 2,4%	352,790 1,6%	358,753 1,7%	362,833 1,1%	367,988 1,4%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,374 2,8%	218,851 1,6%	224,482 2,6%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	199,340 3,1%	202,080 1,4%	206,969 2,4%
BIP ZU MARKTPREISEN	340,812 0,7%	344,269 1,0%	351,439 2,1%	360,142 2,5%	368,857 2,4%	374,737 1,6%	379,544 1,3%	385,432 1,6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	98,578 2,0%	100,000 1,4%	101,388 1,4%	103,452 2,0%	105,646 2,1%	107,336 1,6%	108,947 1,5%	110,799 1,7%
ÖFFENTLICHER KONSUM	97,823 1,4%	100,000 2,2%	101,471 1,5%	103,106 1,6%	105,533 2,4%	108,066 2,4%	110,227 2,0%	112,156 1,8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	98,839 1,6%	100,000 1,2%	101,503 1,5%	103,076 1,5%	105,142 2,0%	107,335 2,1%	109,140 1,7%	110,893 1,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	99,231 1,1%	100,000 0,8%	101,328 1,3%	102,254 0,9%	103,478 1,2%	104,771 1,3%	106,029 1,2%	107,195 1,1%
BAUINVESTITIONEN	98,389 2,1%	100,000 1,6%	101,716 1,7%	104,090 2,3%	107,200 3,0%	110,524 3,1%	113,010 2,3%	115,497 2,2%
INLANDSNACHFRAGE	98,465 1,7%	100,000 1,6%	101,324 1,3%	103,130 1,8%	105,263 2,1%	107,262 1,9%	109,051 1,7%	110,901 1,7%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,115 0,4%	103,826 0,7%	104,859 1,0%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,460 0,6%	105,151 0,7%	106,169 1,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	97,751 2,2%	100,000 2,3%	101,668 1,7%	102,819 1,1%	104,570 1,7%	106,384 1,7%	108,132 1,6%	109,944 1,7%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	126,109 2,0%	129,184 2,4%	131,522 1,8%	140,641 6,9%	151,599 7,8%	155,320 2,5%	158,828 2,3%	164,420 3,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,537 5,4%	38,630 2,9%	40,354 4,5%	43,140 6,9%	45,969 6,6%	48,745 6,0%	49,971 2,5%	51,988 4,0%
REISEVERKEHR	14,209 2,7%	14,956 5,3%	15,532 3,8%	16,319 5,1%	17,489 7,2%	18,018 3,0%	18,425 2,3%	18,982 3,0%
EXPORTE I.W.S.	177,855 2,7%	182,769 2,8%	187,408 2,5%	200,099 6,8%	215,057 7,5%	222,083 3,3%	227,224 2,3%	235,390 3,6%
WARENIMPORTE	125,196 0,2%	126,855 1,3%	128,855 1,6%	139,072 7,9%	147,901 6,3%	151,229 2,2%	153,885 1,8%	158,915 3,3%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,422 7,0%	35,523 3,2%	37,049 4,3%	40,304 8,8%	43,422 7,7%	46,956 8,1%	48,255 2,8%	50,081 3,8%
REISEVERKEHR	7,345 6,9%	7,478 1,8%	7,806 4,4%	8,495 8,8%	9,379 10,4%	10,045 7,1%	10,349 3,0%	10,740 3,8%
IMPORTE I.W.S.	166,963 1,8%	169,856 1,7%	173,711 2,3%	187,871 8,2%	200,703 6,8%	208,230 3,8%	212,489 2,0%	219,737 3,4%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	125,255 2,9%	129,184 3,1%	132,658 2,7%	139,758 5,4%	148,717 6,4%	152,063 2,3%	154,724 1,8%	158,979 2,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,736 3,7%	38,630 2,4%	40,449 4,7%	42,368 4,7%	44,405 4,8%	46,737 5,3%	47,438 1,5%	48,624 2,5%
REISEVERKEHR	14,371 0,7%	14,956 4,1%	15,279 2,2%	15,728 2,9%	16,388 4,2%	16,593 1,3%	16,718 0,8%	16,927 1,3%
EXPORTE I.W.S.	177,361 2,9%	182,769 3,0%	188,385 3,1%	197,845 5,0%	209,488 5,9%	215,374 2,8%	218,851 1,6%	224,482 2,6%
WARENIMPORTE	121,779 2,1%	126,855 4,2%	131,193 3,4%	136,927 4,4%	142,387 4,0%	145,590 2,3%	147,410 1,3%	151,095 2,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	34,718 5,9%	35,523 2,3%	37,188 4,7%	39,660 6,6%	41,822 5,5%	44,122 5,5%	44,894 1,8%	45,904 2,3%
REISEVERKEHR	7,433 4,0%	7,478 0,6%	7,678 2,7%	8,330 8,5%	9,151 9,9%	9,609 5,0%	9,753 1,5%	9,948 2,0%
IMPORTE I.W.S.	163,906 3,0%	169,856 3,6%	176,059 3,7%	184,935 5,0%	193,380 4,6%	199,340 3,1%	202,080 1,4%	206,969 2,4%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
WARENEXPORTE	100,682 -0,9%	100,000 -0,7%	99,144 -0,9%	100,632 1,5%	101,938 1,3%	102,142 0,2%	102,653 0,5%	103,422 0,8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,474 1,6%	100,000 0,5%	99,765 -0,2%	101,821 2,1%	103,521 1,7%	104,297 0,8%	105,340 1,0%	106,920 1,5%
REISEVERKEHR	98,868 1,9%	100,000 1,1%	101,655 1,7%	103,755 2,1%	106,717 2,9%	108,585 1,8%	110,214 1,5%	112,142 1,8%
EXPORTE I.W.S.	100,279 -0,1%	100,000 -0,3%	99,481 -0,5%	101,139 1,7%	102,658 1,5%	103,115 0,4%	103,826 0,7%	104,859 1,0%
WARENIMPORTE	102,806 -1,9%	100,000 -2,7%	98,218 -1,8%	101,567 3,4%	103,873 2,3%	103,873 0,0%	104,392 0,5%	105,175 0,8%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,147 1,1%	100,000 0,9%	99,627 -0,4%	101,626 2,0%	103,828 2,2%	106,423 2,5%	107,488 1,0%	109,100 1,5%
REISEVERKEHR	98,808 2,8%	100,000 1,2%	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	104,539 2,0%	106,107 1,5%	107,964 1,8%
IMPORTE I.W.S.	101,865 -1,1%	100,000 -1,8%	98,666 -1,3%	101,588 3,0%	103,787 2,2%	104,460 0,6%	105,151 0,7%	106,169 1,0%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98,443 1,0%	100,000 1,6%	100,826 0,8%	99,558 -1,3%	98,913 -0,6%	98,713 -0,2%	98,740 0,0%	98,766 0,0%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97,934 1,0%	100,000 2,1%	100,942 0,9%	99,080 -1,8%	98,137 -1,0%	98,333 0,2%	98,333 0,0%	98,333 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
IMPORTQUOTE, GESAMT	50,117	49,338	48,618	50,736	52,034	52,233	51,775	51,854
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,508	-0,779	-0,721	2,118	1,299	0,198	-0,458	0,079
IMPORTQUOTE, GÜTER	37,580	36,848	36,064	37,557	38,345	37,934	37,496	37,501
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,992	-0,732	-0,784	1,493	0,788	-0,411	-0,439	0,006
EXPORTQUOTE, GESAMT	53,387	53,089	52,451	54,038	55,756	55,707	55,365	55,548
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,055	-0,298	-0,638	1,587	1,718	-0,048	-0,342	0,183
EXPORTQUOTE, GÜTER	37,854	37,524	36,810	37,981	39,304	38,961	38,700	38,800
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,322	-0,330	-0,714	1,171	1,323	-0,343	-0,261	0,100



TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5506,268 0,6%	5554,650 0,9%	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5630,757 0,0%	5625,072 -0,1%	5613,750 -0,2%
ERWERBSQUOTE	77,978 0,8%	78,662 0,9%	78,988 0,4%	79,815 1,0%	80,856 1,3%	81,632 1,0%	82,367 0,9%	83,190 1,0%
ERWERBSPERSONEN	4293,657 1,4%	4369,385 1,8%	4432,984 1,5%	4490,172 1,3%	4552,091 1,4%	4596,490 1,0%	4633,176 0,8%	4670,089 0,8%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3624,041 0,4%	3657,227 0,9%	3679,503 0,6%	3692,309 0,3%	3703,340 0,3%	3700,209 -0,1%	3705,525 0,1%	3714,608 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	669,616 7,4%	712,158 6,4%	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	896,281 5,6%	927,651 3,5%	955,481 3,0%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	470,900 1,7%	480,200 2,0%	488,800 1,8%	494,900 1,2%	498,500 0,7%	498,002 -0,1%	499,247 0,3%	501,243 0,4%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3822,757 1,4%	3889,185 1,7%	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,488 1,1%	4133,929 0,9%	4168,845 0,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3415,529 0,7%	3448,745 1,0%	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,072 1,6%	3747,972 0,8%	3781,704 0,9%
K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER	87,871 -3,7%	86,109 -2,0%	84,440 -1,9%	82,208 -2,7%	80,357 -2,7%	77,384 -3,7%	76,029 -1,8%	76,029 0,0%
ARBEITSLOSE	319,357 11,2%	354,332 11,0%	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,033 -3,5%	309,928 3,0%	311,112 0,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	8,354 0,736	9,111 0,757	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,345 -0,355	7,497 0,152	7,463 -0,034

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	158,789 2,8%	163,661 3,1%	170,081 3,9%	176,073 3,5%	185,109 5,1%	193,168 4,4%	198,898 3,0%	205,304 3,2%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	131,921 3,3%	135,955 3,1%	141,842 4,3%	147,780 4,2%	153,529 3,9%	157,240 2,4%	162,175 3,1%	167,884 3,5%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	42,436 1,9%	44,653 5,2%	45,376 1,6%	46,443 2,4%	47,074 1,4%	48,251 2,5%	49,336 2,3%	50,570 2,5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	333,146 2,9%	344,269 3,3%	357,300 3,8%	370,296 3,6%	385,712 4,2%	398,659 3,4%	410,409 2,9%	423,758 3,3%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	0,439 -49,8%	-3,390 -872,2%	-0,027 -99,2%	-3,290 12111,4%	-1,059 -67,8%	-0,953 -10,0%	-0,972 2,0%	-0,991 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	59,947 3,2%	61,605 2,8%	63,772 3,5%	66,305 4,0%	69,261 4,5%	72,205 4,3%	75,093 4,0%	78,096 4,0%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	273,638 2,6%	279,275 2,1%	293,501 5,1%	300,701 2,5%	315,392 4,9%	325,502 3,2%	334,345 2,7%	344,670 3,1%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,113 -20,4%	-3,146 1,1%	-3,446 9,5%	-2,723 -21,0%	-3,860 41,7%	-3,937 2,0%	-4,035 2,5%	-4,156 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	270,525 2,9%	276,128 2,1%	290,055 5,0%	297,978 2,7%	311,533 4,5%	321,565 3,2%	330,309 2,7%	340,514 3,1%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	305,161 1,6%	318,657 4,4%	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	374,437 3,4%	384,547 2,7%	394,545 2,6%
DAVON SPAREINLAGEN	149,971 -2,2%	147,147 -1,9%	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,395 0,4%	151,555 -1,2%	149,584 -1,3%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	319,730 -0,1%	323,817 1,3%	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	358,973 4,7%	362,563 1,0%	368,001 1,5%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,21 -0,01	-0,02 -0,23	-0,26 -0,24	-0,33 -0,07	-0,32 0,01	-0,36 -0,04	-0,37 -0,01	-0,33 0,04
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,48 -0,51	0,75 -0,73	0,37 -0,38	0,56 0,19	0,69 0,13	0,04 -0,65	0,18 0,14	0,27 0,09

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
USD/EUR	1,33 0,0%	1,11 -16,5%	1,11 -0,4%	1,13 2,2%	1,18 4,5%	1,12 -5,2%	1,11 -0,9%	1,11 0,0%
GBP/EUR	0,81 -5,0%	0,73 -9,9%	0,82 12,7%	0,88 7,0%	0,89 1,0%	0,88 -0,6%	0,85 -3,4%	0,85 0,0%
YEN/EUR	140,41 8,4%	134,35 -4,3%	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,04 -6,4%	120,57 -1,2%	121,13 0,5%
CHF/EUR	1,21 -1,3%	1,07 -12,0%	1,09 2,0%	1,11 2,0%	1,16 3,9%	1,11 -3,9%	1,09 -1,8%	1,09 0,0%